

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. D.: C. Geve.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Kündigung spätestens 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 4. Juni 1931

J. D. Geve
Soz. Geschichtsbl.
Amsterdam

Militarismus in USA.

SPD. New York, Ende Mai (Eig. Ber.)

Die Abrüstungskundgebungen der amerikanischen Regierungsstellen vor der internationalen Handelskammertagung in Washington haben die alte Streitfrage nach der militärischen Bereitschaft Amerikas wiederaufleben lassen. Zwei Ereignisse der letzten Wochen verdienen dabei besonders festgehalten zu werden, einmal weil sie einen klaren Einblick in die amerikanische Denkweise über Rüstungsfragen geben, und dann weil sie zeigen, wie es um die amerikanische Militärmacht tatsächlich bestellt ist. Das erste Ereignis war die bedeutsame Erklärung des Präsidenten Hoover, zwanzig bis dreissig Militärstationen im Laufe der nächsten Jahre abzubauen und die Zahl der Garnisonsplätze damit auf den Vorkriegsstand zurückzuführen. Die kurz darauf erfolgte Bekanntgabe eines Eventualplans des Kriegsministeriums für Mobilisationszwecke passte zu der Kundgebung des Präsidenten wie die Faust aufs Auge und war kaum angetan, die amerikanische Wehrpolitik im Lichte besonderer Ehrlichkeit erscheinen zu lassen. Der Plan sah für den Notfall die Mobilmachung einer schlagfertigen amerikanischen Armee von mindestens vier Millionen Mann in denkbar kürzester Zeit vor.

Gerade dieser Mobilisationsplan gibt Veranlassung, Vergleiche zwischen der militärischen Schlagkraft Amerikas von früher und heute zu ziehen. Es ist richtig, dass die Armee qualitativ und technisch enorme Verbesserungen erfahren hat und im Einklange mit den militärischen Lehren des Weltkrieges ein hochmodernes Kriegsinstrument geworden ist. Von dieser Entwicklung haben besonders das Flugwesen und die Artillerie profitiert. Aber selbst ohne den reichlich vagen Mobilisationsplan ist das amerikanische Militärwesen heute in besserer Verfassung als im letzten Vorkriegsjahre 1913. Damals waren die europäischen Konflikte für Amerika ohne unmittelbares militärisches Interesse, während heute das Bild angesichts der überragenden Weltbedeutung der USA ein ganz anderes geworden ist. Amerika weiss trotz allen gegenteiligen Behauptungen im Bundessenat heute ganz genau, dass neue militärische Weltverwicklungen automatisch zum Eingreifen Amerikas mit allen seinen militärischen Konsequenzen führen müssen. Die amerikanische Armee belief sich im Jahre 1914 einschliesslich der auf den Philippinen stationierten Truppen auf 96,717 Offiziere und Mannschaften. Daneben gab es die Nationalgarden oder Staatsmiliz, deren Totalstärke 127,410 Offiziere und Mannschaften betrug. Das damals neu organisierte Reserve-Offizierkorps hatte keine Bedeutung und verfügte ziffernmässig über genau 16 Mitglieder.

Im April 1917, kurz vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg, bestand die reguläre Armee aus 127,588 und die Staatsmiliz aus 304.795 Mann, beide einschliesslich der Offiziere. Dann schollen die Truppenverbände rapid an, bis sie am Waffenstillstandstage eine Totalstärke von 3.760.000 Mann auswiesen. 2.000.000 amerikanische Soldaten standen auf europäischem Boden, der Rest stand unter Ausbildung oder harrete des Abtransportes. Von dieser Gesamtziffer entfielen jedoch nur 800.000 Mann auf die reguläre Armee. Die amerikanische Demobilisierung wurde im Gegensatz zu den alliierten Mächten radikal durchge-

führt, obgleich den Behörden daran gelegen war, sich eine Art Organisations-
skelett für künftige Fälle zu erhalten. Unter den regulären Bestimmungen be-
trägt die Armeestärke 280 000 Mann, jedoch ging der Bundeskongress seit Jahren
mit gutem Beispiele voran und bewilligte Mittel für nur 118.750 Offiziere und
Mannschaften, also weniger als die Hälfte der festgesetzten Stärke. Davon sind
85 000 Mann im Lande selbst, der Rest in China, Centralamerika, Philippinen,
Hawaii, Alaska und Porto Rico stationiert. Die Infanterietruppen haben insgesam
40 000 Mann, während Artillerie mit 14 000, Küstenartillerie mit 11 000 und
Kavallerie mit 7400 Mann erst in weitem Abstände folgen. Es ist bemerkenswert,
dass das Flugwesen mit 13 500 Mann fast genau so stark ist wie die Feldartil-
lerie.

Die 48 Bundesstaaten sind militärisch in neun Armeekorps-Distrikte einge-
teilt. Jeder Staat unterhält überdies seine Staatsmiliz, deren Gesamtstärke
sich jetzt auf 170 000 Offiziere und Mannschaften beläuft. Die Staatsmilizen
müssen jährlich zu fünfzehntägigen Feldmanövern einberufen werden, jedoch werden
die Uebungen nicht gemeinsam vorgenommen. Das seit dem Kriege stark angeschwol-
lene Reserve-Offizierskorps weist einen Bestand von 113.523 Offizieren aus, die
gleichfalls Uebungen mitmachen müssen und auf Wunsch militärische Korrespon-
denzkurse erhalten.

Wenn es jedoch etwas gibt, das den USA offensichtlich den Stempel des Mi-
litarismus aufdrückt, so sind es die Schulkorps für Reserveoffiziere und die
militärischen Schulungsplätze für Bürger (Citizens' Military Training Camps).
Dank der bereitwilligen Beihilfe der Schul- und Universitätsbehörden, auf die
von der American Legion, dem amerikanischen Kriegsteilnehmerverband, jeder er-
denkliche Druck ausgeübt wird, belief sich die Teilnahmeziffer der Hochschüler
und Studenten am Offiziers-Schulkorps auf knapp 130 000. Die Brutstätten eng-
sten amerikanischen Nationalismus, die Schulungsplätze, waren im letzten Jahre
von rund 40 000 Teilnehmern besucht. Nach den Vorschriften muss jeder Teilneh-
mer jährlich einen einmonatlichen praktischen Militärkursus für die Dauer von
vier Jahren nehmen. Man begreift ohne weiteres, welche Gefahr diesen Einrich-
tungen zusammen mit der Propaganda der Kriegsteilnehmerverbände und fahnen-
schwenkenden Militärschreier innewohnt.

SPD. Die "Kölnische Zeitung" schreibt über die Auseinandersetzungen auf
dem Leipziger Parteitag:

"Ausschlaggebend für den Ausgang des Kampfes war die Tatsache, dass die
Partei trotz mancher Misserfolge der letzten Jahre nichts von ihrer straffen
Disziplin und nichts von ihrem klassenmässig unterbauten Zusammengehörigkeits-
gefühl eingebüsst hat. Die Partei teilt zwar, wie nicht anders zu bestreiten ist,
das Schicksal jeder älter werdenden Organisation, aber sie ist doch noch nicht so
alt, dass nicht bittere Erfahrungen und Enttäuschungen für sie eine heilsame
Lehre geworden wären. Ihre jetzige schwierige taktische Lage ist eine Folge
ihres leichtfertigen und rein parteipolitisch eingestellten Verhaltens im
Frühjahr des vergangenen Jahres. Das Wort Hilferdings: "Wir brauchten jetzt
nicht so viel zu tolerieren, wenn wir damals etwas mehr toleriert hätten", legt
Zeugnis ab dafür, dass die Partei sich heute nicht mehr im unklaren darüber
ist, wohin man als Partei gelangt, wenn man immer und ausschliesslich an die
Interessen der Partei denkt. Aus dem Worte Hilferdings hat der Parteitag in
Übereinstimmung mit der Mehrheit der Reichstagsfraktion die Nutzenanwendung ge-
zogen, dass nur die Disziplin innerhalb der Partei eine Rückversicherung ge-
gen neue Fehlschläge und gegen die Wiederholung taktisch falscher Manöver dar-
stellt. Wer heute den stürmischen, fast jubelnden Beifall miterlebt hat, den
der Parteitag dem Abgeordneten Breitscheid spendete, als er öffentlich Busse
tat für die Spaltung der alten Partei im Jahre 1916, dem drängte sich mit
zwingender Klarheit die Erkenntnis auf, dass die Sozialdemokratische Partei

in dem immer noch starken Klassencharakter der Organisation sich ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl bewahrt hat, das in der Wiederbelebung der Disziplin greifbar zutage tritt. Im Zeichen der wiedergefestigten Parteidisziplin wird also die Sozialdemokratie in ihre nächsten politischen Kämpfe eintreten. Für die bürgerlichen Parteien liegt in dieser Tatsache eine erste Warnung vor der Unterschätzung des Gegners und eine dringende Mahnung zu rechtzeitiger Selbstbesinnung."

SPD. Ein Münchener Rechtsanwalt hat bei einem Stahlhelmaabend in Immenstadt (Allgäu) den ermordeten bayerischen Revolutionsminister Kurt Eisner bezichtigt, er sei durch ausländische Gelder bestochen worden. Die Witwe Eisners hat Strafantrag wegen Verleumdung gestellt.

SPD. Zürich, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Zwei Mitglieder des Politbüros der Kommunistischen Partei der Schweiz sind ihres Amtes enthoben worden, da sie an einem Saufgelage mit dem berüchtigten scharfmacherischen Unternehmersekretär in Basel teilgenommen haben. Ein drittes Mitglied ist, wie das rechtsoppositionelle Schaffhausener Arbeiterblatt mitteilt, schon vor einiger Zeit wegen Unfähigkeit aus dem Politbüro entfernt worden, sodass die ganze erst vor einem Jahr nach der Schwenkung in der Parteitaktik neugewählte Parteispitze wieder verschwunden ist.

SPD. Vor kurzem brachte der "Sozialdemokratische Pressedienst" die Feststellung, dass der "Korruptionsbekämpfer" Georg Davidsohn als Führer einer Splitterbewegung der Abstinenten gleichzeitig im Solde des Alkoholkapitals gestanden hat. In einer Zuschrift an den "Vorwärts" ging Davidsohn am Kern dieses Vorwurfs vorbei. Jetzt bringt das Amtsblatt des deutschen Guttemplerordens "Neuland" in seiner neuesten Nummer eine Berichtigung des Deutschen Brauerbundes e.V., Propagandaabteilung, gezeichnet Dr. Ilgenstein, worin unsere Behauptung in vollem Umfang von Davidsohns heimlichen Geldgebern bestätigt wird. Die dem "Neuland" zugeschickte Berichtigung des Deutschen Brauerbundes sagt nämlich "Es entspricht nicht den Tatsachen, dass die Propagandazentrale" aus dem Lager der Alkoholgegner einen gefürchteten literarischen Kämpfer mit einem entsprechenden Betrage zum Schweigen gebracht hat". Wahr ist vielmehr, dass dieser "gefürchtete Kämpfer", wie sich erst später zu unserer Ueberraschung herausstellte, der Verfasser der Dabelstein-Broschüre, Herr Davidsohn, sich dadurch bei der Propagandazentrale einführte, dass er uns aus eigenem Antrieb und unter Hinweis darauf, dass er sich von der Abstinenzbewegung endgültig zurückgezogen, seine Mitarbeiterschaft und sogar auf Grund seiner, im Alkoholgegnerischen Lager gewonnenen intimen Kenntnisse u.a. eine Schrift gegen Herrn Professor Dr. Reinhard Strecker anbot, welches letzteres von uns aus selbstverständlichen Anstandsgründen abgelehnt wurde."

Die Zeitschrift "Neuland" fügt dieser Entlarvung Davidsohns durch seine bisherigen Patrone vom Alkoholkapital noch hinzu:

"Inzwischen hat nun der "Vorwärts" in seiner Morgennummer vom 23. Mai die Tatsache fertiggestellt, dass Herr Davidsohn mit dem Brauerbund Geschäfte gemacht hat. Leider konnten wir an dieser Tatsache selbst nicht mehr zweifeln, weil auch in einem Briefe von Herrn Davidsohn an uns vom 3. Mai ein mittelbares Zugeständnis enthalten war und weil wir Einblick in Schriftstücke genommen haben, die diese Tatsache ausser Zweifel stellen. Damit dürften die Akten über den Fall Davidsohn geschlossen sein.

SPD. Stuttgart, 3. Juni (Eig. Drahtb.)

In dem sonst so friedlichen württembergischen Schwarzwaldstädtchen Nagold fand am 31. Januar eine kommunistische Versammlung statt. Das glaubten die Nationalsozialisten nicht dulden zu dürfen, daher beteiligten sie sich in grosser Zahl daran, und nach einer sehr provokatorischen Diskussionsrede des nationalsozialistischen Führers Bätzner ist es dann durch das plötzliche Eindringen eines im Nebenzimmer für diesen Zweck in Reserve gehaltenen uniformierten Trupps von SA-Leuten zu einer förmlichen Schlacht gekommen, bei der es viele Verletzte gab. Seltsamerweise wurden aber wegen dieser Vorgänge nur 23 Kommunisten angeklagt, während die Nationalsozialisten, obwohl viele von ihnen sogar durch die Aussagen der Landjäger schwer belastet sind, Gelegenheit hatten, als Zeugen aufzutreten.

Der Prozess vor dem Schöffengericht Tübingen dauerte, da 77 Zeugen vernommen wurden, drei Tage. Die Beweisaufnahme ergab ganz unzweideutig, dass die Nationalsozialisten von Anfang an eine Sprengung der Versammlung beabsichtigt hatten. Aus nicht weniger als 17 Orten hatten sie ihre SA-Stürme zusammengestrommelt, dann hatte ein Einpeitscher an sie eine Ansprache gehalten und zuletzt wurden sie geschlossen in die "Traube" geführt, wo die kommunistische Versammlung stattfand. Der "Landfriedensbruch", dessen die Kommunisten angeklagt worden sind, ist also ganz zweifellos von den Nationalsozialisten ganz planmässig organisiert und vorbereitet worden. Dazu kam dann noch der Missbrauch der Diskussionsfreiheit durch den Nationalsozialisten Bätzner, der 5/4 Stunden lang bis um 1 1/4 Uhr nachts sprach, und dessen Rede eine ununterbrochene, hemmungslose Schimpferei war. Ein Zeuge beschwor u.a., dass Bätzner gesagt hat, "die Reichsregierung ist vom ersten bis zum letzten Mann ein einziges Lumpengesindel". Obwohl der Bürgermeister von Nagold wie auch der Landrat anwesend waren, wurde gegen diese und andere Hetzereien nicht eingeschritten. Als Bätzner geendet hatte, vereitelte die Nationalsozialisten durch Singen von Liedern den normalen Abschluss der Versammlung und verursachten durch ihre Provokationen den Beginn der Saalschlacht.

Drei Stunden lang waren nach Schluss der Versammlung die Kommunisten noch in der "Traube" eingeschlossen und wurden von den Nationalsozialisten förmlich belagert. Es wurde auch von aussen her in den Saal hineingeschossen. Umso merkwürdiger war es, dass das von Stuttgart herbeigerufene Ueberfallkommando unter Leitung des Kriminaloberinspektors Paust die draussen randalierenden Nationalsozialisten unbehelligt liess und die Kommunisten als die allein an dem Konflikt Schuldigen behandelte. Besonders bemerkenswert für das Urteil darüber, wer in Wirklichkeit die Schuld an den Exzessen trifft, war die Aussage eines Landjägers, der sich wegen des Bombardements, das die Nationalsozialisten von aussen her gegen die im Traubensaal befindlichen Kommunisten mit Steinen, scharfen Schüssen und Salmiakflaschen eröffneten, gargar nicht mehr anders zu helfen wusste, als dass er aus seiner Pistole einen ganzen Patronenstreifen in die Luft abschoss, um die tobenden Nazis von weiteren Ungesetzlichkeiten abzuhalten.

Das einträchtige Zusammenwirken zwischen den Nagolder Behörden und den Nationalsozialisten war aus den Antworten ersichtlich, die von den Brüdern Bätzner, den Führern der Hakenkreuzler, auf die Frage gegeben wurde, warum überhaupt eine so grosse Zahl SA-Männer in die kommunistische Versammlung kommandiert worden sei. Danach ist der eine der Brüder Bätzner von der Nagolder Behörde schon vor der Versammlung auf dem Laufenden gehalten worden über die von Nagold aus an das Stuttgarter Polizeipräsidium erstatteten Meldungen und umgekehrt über dessen Anordnungen in Sachen der Entsendung des Ueberfallkommandos. "araufhin hat er dann seine SA-Truppen "mobil gemacht". Zuvor aber hatte er sich noch mit dem Nagolder Stationskommandanten darüber besprochen(!) wie im Versammlungslokal die Aufstellung der Kommunisten und der Nazis "angeordnet" werden solle. Man weiss nicht, worüber man in diesem Fall mehr erstaunt zu sein hat, über die Unverschämtheit und Amtsanmassung des Naziführers

oder die Naivität des Landjägerstationskommandanten?

Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf Gefängnisstrafen für die Angeklagten zwischen 3 Wochen und einem Jahr und 3 Monaten.

Das Urteil lautete wegen des Vergehens des Landfriedensbruchs, verbotenen Waffentragens, gefährlicher Körperverletzung und Vergehens gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten für den Hauptangeklagten Saile auf 10 Monate, für einen weiteren Angeklagten auf 7 Monate, für 5 Angeklagte auf 6, einen auf 5, einen auf 4, einen auf 3 Monate, 3 auf 3 Wochen Gefängnis resp. Haft, während 7 Angeklagte freigesprochen wurden.

Aus der Begründung war zu entnehmen, dass das Gericht der Aussage des Bätzner Glauben geschenkt hat, dass die nationalsozialistische Leitung eine Störung der Versammlung nicht beabsichtigt hätte (!!!), stellte jedoch fest, dass unter den Anhängern offenbar auch eine andere Meinung vertreten gewesen sei und dass daher auch von Nationalsozialisten "Ordnungswidrigkeiten" begangen worden seien. Man kann gespannt sein, ob nun gegen diese jetzt gleichfalls Anklage erhoben werden wird.

SPD. Bochum, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Donnerstag kam es in Essen-Borbeck, Essen-West und im Segerother Viertel zu planmässigen Demonstrationen der Kommunisten, die einen stärkeren Einsatz von Polizeikräften erforderten. In der Innenstadt am Republikplatz wurden Polizeibeamte aus den Häusern mit Blumentöpfen und Steinen beworfen. In der Alsendorferstrasse wurde ein Arbeitswagen der Strassenbahn umgeworfen. Die Feuerwehr, die die Störung beseitigen wollte, wurde mit einem Steinhagel empfangen. Im Segerother Viertel war die Strassenbeleuchtung ausgelöscht worden, um im Schutze der Dunkelheit Barrikaden zu bauen. In einer Strasse war ein Drahtseil gespannt, um die Bereitschaftswagen der Polizei umzustürzen. Im ganzen wurden während der Nacht 40 Personen verhaftet, von denen 5 wegen Landfriedensbruch dem Richter vorgeführt werden.

SPD. Halle, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

In der vergangenen Nacht haben bisher noch unbekannte Vandalen auf dem Nordfriedhof 32 Grabsteine umgeworfen und zum Teil zerstört. Von den 32 Grabsteinen ist nur ein einziges Kreuz, alles andere sind grosse Steine, Platten oder Grabmonumente mit Aufsätzen. Auf dem gegenüberliegenden jüdischen Friedhof wurden 8 grosse Steine und Säulen umgestürzt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die Täter in den Reihen der Nationalsozialisten zu suchen sind, die die beiden Friedhöfe, die sich gegenüberliegen, nur verwechselt haben.

SPD. Halle, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Donnerstag brach in dem Keller des Zentralgebäudes des Konsumvereins Halle, in dem sich Kisten Baumwolle, Spirituosen, Farben und andere leicht brennbare Stoffe befanden, ein Brand aus. Die gesamte Bevölkerung von Halle, soweit sie nicht auf die KPD schwört, ist der Ueberzeugung, dass dieser Brand angelegt worden ist und dass ein allzu getreuer Fridolin des kommunistischen Geschäftsführers das von ihm in der letzten Vertreterversammlung gesprochene Wort: "Die Sozialfaschisten sollen nur die nackten öden Mauern bekommen!" allzu wörtlich genommen und das Feuer angelegt hat. Am Sonnabend sollen bekanntlich die Gebäude des Konsumvereins Halle zwangsweise versteigert werden.

SPD. Die aus dem Reichstag entlaufene nationalsozialistische Reichstagsfraktion verlangt die Einberufung des Reichstags, um die noch nicht ergangene neue Notverordnung wieder aufzuheben. Die Demagogie dieses Antrags ist durchsichtig, ebenso die Verlogenheit einer Entschliessung der Nazi-Reichstagsfraktion gegen den "Terror marxistischer Mörderbanden". Die Väter des politischen Lords in Deutschland haben wirklich kein Recht, die verfolgte Unschuld zu spielen!

SPD. Paris, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

In der Kammer wird am Freitag nachmittag nach einem Beschluss des Aeltestenrats die Interpellationsdebatte über die Aussenpolitik fortgesetzt. Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen der Abgeordneten Margaine (Radikal) und Gignoux (Fraktion Maginot) sowie die am Mittwoch von dem Abgeordneten Lorin eingebrachte Interpellation über die Stahlhelm-Kundgebung in Breslau.

SPD. Paris, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

In Paris ist am Donnerstag das vom Europa-Ausschuss mit der Ausarbeitung der Statuten für die Internationale Agrarkreditbank beauftragte Komitee zusammengetreten. Deutschland ist in ihm durch den Direktor der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt Dr. Freiberger vertreten. Auf Vorschlag des polnischen und des italienischen Delegierten wurde zum Vorsitzenden der Untergouverneur des Pariser Credit Foncier, Regard, gewählt. In seiner ersten Sitzung beschäftigte sich der Ausschuss vor allem mit der Frage der Zeichnung des Stammkapitals.

SPD. Paris, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Nach einer Meldung aus Porto Praya (Kapverdische Inseln) ist das Dornier-Flugboot DoX am Donnerstag vormittag um 10.50 Uhr westeuropäischer Zeit zum Fluge über den Südatlantik gestartet. Das Ziel der nächsten Etappe ist die vor der brasilianischen Küste gelegene Insel Fernando do Noranha.

SPD. Paris, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Untersuchungskommission des Staatsgerichtshofes, die das Amt eines Untersuchungsrichters versieht, hat am Donnerstag den früheren Minister Péret, der in Begleitung seines Verteidigers erschienen war, über seine Rolle bei der Einführung der Sinia Viscosa-Aktien an der Pariser Börse vernommen. Da die Beratungen der Kommission streng geheim sind, ist nicht zu erfahren, welchen Eindruck die Aussagen Pérets auf die Kommissionsmitglieder gemacht haben. Am Freitag werden die drei übrigen Angeklagten Besnard, Vidal und Favre vernommen.

SPD. Paris, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Die sozialistische Kammerfraktion hat in ihrer Donnerstag-Sitzung den Abgeordneten Frossard ermächtigt, eine Interpellation über die Lage in Indochina und über die Kolonialpolitik der Regierung einzubringen. Abgeordneter Renaudel hat das an den Vorsitzenden der Untersuchungskommission der Kammer gerichtete Schreiben betr. seinen Rücktritt als Mitglieder dieser Kommission verlesen und erklärt, dass sein Entschluss unwiderruflich sei. Die Fraktion hat davon Kenntnis genommen.

SPD. Zum Bericht der Reichstagsfraktion nahm der Parteitag den folgenden Antrag Kirchner an :

Der Parteitag erkennt die schwierige Finanznot der deutschen Gemeinden und die dringende Notwendigkeit der finanziellen Hilfe durch das Reich an. Er ist überzeugt, dass die Gemeinden die Fürsorge für die Wohlfahrtserwerbslosen nur noch aufrechterhalten können, wenn eine andere Lastenverteilung bei der Arbeitslosenfürsorge unter angemessener Beteiligung des Reichs durchgeführt wird.

Die Aufrechterhaltung der Fürsorge für die Wohlfahrtserwerbslosen durch die Gemeinden liegt im unmittelbaren Interesse der gesamten Arbeiterklasse. Ein Zusammenbruch der kommunalen Fürsorge wäre nicht nur ein unübersehbares Unglück für die unmittelbar Betroffenen, sondern auch von folgenschwerster Wirkung auf das Lebensniveau der gesamten Arbeiterschaft.

Bisher hat die Reichsregierung lediglich versucht, die Reichsfinanzen zu sanieren und hat dabei den Gemeinden neue Lasten auferlegt. Eine solche Politik ist im Interesse des Volksganzen untragbar. Das Reich hat die Pflicht, auch an der finanziellen Sicherstellung der Gemeinden mitzuwirken.

Der Versuch, durch die Bürgersteuer den Gemeinden zu helfen, hat sich ganz abgesehen von ihrem unsozialen Charakter - als unzulänglich erwiesen. Die Bürgersteuer belastet die minderbemittelten Volksschichten aufs schwerste; ihre Anwendung muss schon deshalb eine natürliche Begrenzung finden.

Der Parteitag begrüsst den Gesetzentwurf der sozialistischen Reichstagsfraktion über die Arbeitslosenfürsorge, der eine Zusammenfassung der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge und eine andere Lastenverteilung vorsieht. Er ersucht die Fraktion, unverzüglich bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, dass im Sinne dieses Gesetzentwurfes baldigst Massnahmen getroffen werden, die den Gemeinden die Möglichkeit geben, ihre Aufgaben auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge zu erfüllen und sie vor dem finanziellen Zusammenbruch zu schützen.

+

Der Parteitag nahm den folgenden Antrag der Sozialpolitischen Kommission zum Bericht der Reichstagsfraktion an:

Der Parteitag stellt fest, dass die anhaltende Wirtschaftskrise in der Invaliden- und Unfallversicherung eine Verschlechterung der Finanzverhältnisse hervorgerufen hat, die der Sozialreaktion ein erwünschter Anlass zu sein scheint, um einen Abbau der Leistungen erzwingen zu können. In der Unfallversicherung, die keinerlei Reichszuschuss bekommt, ergeben sich aus der Verringerung der Belegschaften höhere Umlagesätze, die den Anlass zur Kürzung der kleinen Renten und der Auferlegung von Kosten im Rechtsmittelverfahren bieten sollen, obwohl das Unternehmertum in seinen Beiträgen zur UV lediglich eine Ersatzeinrichtung für seine allgemeine Haftpflicht und Schadenersatzpflicht finanziert. In der IV haben Krise, veränderter Altersaufbau und nicht ersetzte Inflationsverluste in Verbindung mit entzogenen Reichszuschüssen und vermehrten Fürsorgelasten das Eintreten der finanziellen Notlage beschleunigt.

Der Parteitag erwartet von der Reichstagsfraktion, dass sie Angriffe der Unternehmer auf die Leistungen der beiden Versicherungen zurückweist und für eine rechtzeitige und ausreichende Sanierung eintritt. In der U.V. ist zu diesem Zweck die Einführung einer Gemeinlast für alle Träger der Berufsgenossenschaft und die Ersparnis an Verwaltungskosten anzustreben, die heute 10,07 Prozent der Gesamtausgaben betragen. Ebenso sind die Ausdehnung des Geltungsbereiches und die Verbesserung der Unfallverhütungsvorschriften geeignet, die Tragfähigkeit der UV zu stärken.

In der IV sind eine Steigerung des Beitragsaufkommens insbesondere auch durch Aufstockung weiterer Beitragsklassen und Reichszuschüsse unerlässlich. Gegenüber dem Verlangen auf Rentenkürzung verweist der Parteitag auf die Tatsache, dass heute die Durchschnittsätze der Renten nur 36 Mark monatlich betragen und 30 Prozent der Invalidenrentner die öffentliche Fürsorge in An-

spruch nehmen müssen. Der Versuch, in der Unfall- und Invalidenversicherung Ersparnisse auf Kostender Rentner machen zu wollen, müsste zur weiteren Belastung der gemeindlichen Wohlfahrt führen.

Der Parteitag hält die Sanierung der Invalidenversicherung um so dringlicher, als sie die Voraussetzung für den längst notwendig gewordenen Ausbau der Versicherungsleistungen ist.

Der Parteitag fordert für die gesamte Sozialversicherung die Schaffung unabhängiger Selbstverwaltungskörperschaften unter massgeblicher Mitwirkung der Versicherten.

SPD. Genf, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

In beiden Vollsitzungen der internationalen Arbeitskonferenz kamen heute am stärksten die Gedanken der Arbeiterschaft zum Ausdruck. Neben den vom Bericht des Direktors empfohlenen Mitteln zur Behebung der Arbeitslosennot stellten besonders Hermann Müller und Jouhaux die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne in den Vordergrund, nicht ohne vor den Ausbrüchen der Verzweiflung bei den verelendeten Arbeitermassen eindringlich zu warnen.

Der englische Arbeiter Hayday schloss sich der Kritik des Direktors über die Nichtratifikation des Washingtoner Abkommens durch England an unter schärfster Ablehnung der englischen Unternehmerpraktiken. Serrarens, ein christlicher Gewerkschaftlicher aus Holland, empfahl der Konferenz die päpstliche Enzykliken zur Lösung der Krise. Einen starken Eindruck hinterliess der klare Rede des deutschen Arbeiterdelegierten Hermann Müller. Er verteidigte das Recht des Direktors Thomas zur Kritik an Rückständigkeit. Wenn der Direktor sich wehregendie Haltung der englischen Arbeitgeber, dann habe er sich durchaus im Rahmen seiner Pflicht gehalten. Die Arbeiter sähen, dass weder die Arbeitgeber Englands noch Deutschlands für den Fortschritt seien. Sie hemmten im Verwaltungsrat und in der Konferenz die Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes. Er habe auch kein Verständnis für die Empfindlichkeit der englischen Arbeiterregierung. Ihr Gewicht hätte die Ratifikation des Washingtoner Abkommens beschleunigt in anderen Ländern. Müller vermisst indessen in dem Bericht des Direktors den Elan für die grosse Arbeit. Die Entschliessungen des Verwaltungsrates gingen der Krise nicht auf den Grund und brächten keine Lösung. Die vorgeschlagenen Massnahmen würden keine Hilfe bringen. Die Arbeitslosenversicherung müsse da sein, aber sie beseitige nicht die Arbeitslosigkeit. In der Arbeitzeitkürzung und Lohnerhöhung werde der Bericht sehr zaghaft. Die 40-Stunden-woche müsse unbedingt eingeführt werden. Gewiss sei das auch kein Allheilmittel, aber es wäre ein rasch wirkender Anfang. Wirklich zu Leibe gehen könne man dem Problem nur durch Hebung des Massenkonsums, durch Steigerung der Kaufkraft. Lohnerhöhung und Senkung der Preise müssten Hand in Hand gehen. Hier sägten die Unternehmer den Ast ab, auf dem sie sässen und die deutschen Unternehmer bemühten sich, den Rekord dabei zu halten. Die Krise habe bewiesen, dass der Kapitalismus unfähig geworden sei, die alleinige Leitung der Wirtschaft zu behalten. Die Produktion müsse unter die Kontrolle des Staates gestellt werden. Entzöge sich die Regierung dieser Pflicht, dann wäre das Chaos und der Bürgerkrieg die Folge. Taylor-Australien warnte ebenfalls davor, ohne konkrete Massnahmen auseinanderzugehen. Namentlich forderte er eine planmässige Beseitigung der industriellen und agrarischen Ueberproduktion. In einer grossangelegten Rede legte Jouhaux-Frankreich dar: die Arbeiter hätten stets mitgearbeitet am Fortschritt. Die Führer selbst hätten die Rationalisierung als notwendig bezeichnet. Jetzt wandten sich die Arbeiter mit Recht an die Führer mit der Anklage, die Arbeiterklasse sei betrogen worden. Die Unternehmer hätten die Rationalisierung nur als Klassenkampfmittel gegen die Arbeiterklasse ausgenutzt. Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung müssten gegen die Arbeitslosigkeit eingesetzt werden neben allen anderen Mitteln, die im ausgezeichneten Bericht

des Direktors empfohlen seien. Geschähe das nicht, dann sei die grösste Gefahr, dass die ausgehungerten Massen zur Revolte griffen und die werde dann brutal sein. Die wenigen Unternehmervertreter, die heute sprachen, bewegten sich in bekannten Gemeinplätzen, ohne irgendeinen praktischen Weg aus der Krise zu zeigen.

SPD. Brüssel, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Renkin ist es noch immer nicht gelungen, das Ministerium zusammenzustellen. Er ist bei den vlämischen katholischen und christlichen Demokraten offenbar auf mehr Schwierigkeiten gestossen, als er erwartet hatte. Heute hatte Renkin eine längere Unterredung mit dem soeben vom Leipziger Parteitag zurückgekehrten sozialistischen Führer Vandervelde, dem er von seinem Plan Mitteilung machte und von dem er Auskunft über die vermutliche Haltung der sozialistischen Opposition zu gewinnen suchte. Das ist in Belgien das erste Mal seit 30 Jahren, dass eine mit der Regierungsbildung beauftragte Persönlichkeit mit dem Führer der Opposition eine Beratung abhält.

SPD. London, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Der "Daily Herald" veröffentlicht in äusserst sensationeller Auffassung das Programm der Ministerbesprechung in Chequers. Dieses Programm ist seit langem bekannt und wird täglich in allein englischen Zeitungen erörtert. Sein Hauptpunkt ist natürlich die Reparationsfrage, welche die deutschen Minister im Rahmen einer Schilderung der deutschen Wirtschaftsnot berühren werden. Darüber hinaus aber glaubt das genannte Blatt mitteilen zu können, dass Dr. Brüning dem englischen Premierminister MacDonald sagen wird: "Wenn wir nicht dauernd von einem grossen Teil der Reparationslasten befreit werden, können wir gezwungen sein, nicht nur die Reparationszahlungen einzustellen, sondern auch den Dienst für alle auswärtigen Anleihen." Das Blatt knüpft an diese Aussicht einen Appell an Amerika, in eine Schuldenrevisor einzuwilligen, die allein es den anderen Ländern ermöglichen könne, in eine Herabsetzung der Reparationszahlungen einzuwilligen.

In einem Leitartikel begrüsst dasselbe Blatt die deutschen Minister und deutet ihren Besuch als ein Zeichen dafür, dass die Vergangenheit endgültig begraben und die Beziehungen Englands zu Deutschland dieselben sind wie zu irgendeiner anderen Macht. Es warnt dann davor, angesichts der zu erwartenden Schilderung der deutschen Wirtschaftsnot in Panik zu geraten. Ein nicht geringer Fehler aber wäre, die Augen vor dem Ernst der deutschen Lage und vor den Folgen, die sie für Europa mit sich bringen könne, zu verschliessen.

Ueberhaupt kann man in der englischen öffentlichen Meinung feststellen, dass man der deutschen Notlage gerecht zu werden versucht. Sogar ein Blatt wie die "Morning Post" gibt zu, dass Deutschland einer verzweifelten Krise gegenüberstehe. Gleichzeitig aber wird allgemein sehr stark unterstrichen, dass die Möglichkeiten Englands, Deutschland zu helfen, gleich Null sind. Man muss sich daher in Deutschland hüten, von dem Besuch in Chequers irgendeine Lösung oder auch nur eine Aussicht auf eine Lösung zu erhoffen. Die Engländer werden das grösste Verständnis für Deutschlands Lage zeigen, aber nichts unternehmen, was den interalliierten Charakter der Reparationsfrage durchbrechen würde. Sie werden auf ihre Schuldenverpflichtungen gegenüber Amerika hinweisen, die ihnen nicht erlauben würde, auf ihren Reparationsanteil auch nur vorübergehend zu verzichten.

(Schluss des politischen Teils - Auf Wiederhören
Freitag=Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Parteitag=Stimmungsbild.

SPD. Leipzig, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Donnerstag, der fünfte Verhandlungstag des Sozialdemokratischen Kongresses gehörte der Jugend. Ollenhauer von der Sozialistischen Arbeiterjugend hielt ein Referat über das Verhältnis der Jugend zur Partei. In der Debatte kamen vorwiegend jüngere Delegierte zum Wort, unter ihnen der jüngste Delegierte, einzwanzigjähriger aus Dortmund. Schliesslich erstattete noch das jüngste Mitglied des Parteivorstandes, Max Westphal den Bericht über die Tätigkeit der Partei.

Ollenhauer richtete die Mahnung an die älteren Mitglieder, die in der Jugend arbeiten, Mittler zwischen Partei und Jugend zu sein und die Werbung für die Partei nicht zu erschweren, indem man von ihr immer nur kritisch spricht. Die politische Erziehungsarbeit der Sozialistischen Arbeiterjugend müsse stets durch das Programm der Partei und durch die Beschlüsse der Parteitage bestimmt werden. Hüten müsse man sich vor allem davor, verantwortungslos und hemmungslos vor der Jugend zu sprechen. Unsere Arbeit erfordert nicht nur jugendlichen Elan, sie setze auch Einsicht, Wissen und Erfahrung voraus. Ollenhauer schloss mit dem Ruf an die Partei: Nach den Männern und Frauen gilt es nunmehr, auch die dritte grosse Armee, die Jugend unter der Fahne des Sozialismus zu sammeln und sie mit der Sozialdemokratie in den Kampf zu führen!

Ueber die Tätigkeit der Kinderfreunde-Bewegung berichtete Loewenstein-Berlin. Ueber 200.000 Kinder werden durch sie schon in sozialistischen Gedankengängen erzogen. Mehr als 10.000 Helfer befinden sich ehrenamtlich in dem Dienst der Bewegung. Es ist falsch, wenn man der Kinderfreundebewegung den Vorwurf macht, dass sie die Familie zerstöre. Sie zieht lediglich die gesellschaftlichen Forderungen aus einem vorhandenen Tatbestand und will in lebendiger Arbeit Jungen und Mädchen für die Selbstverwaltung, für die Arbeiterbewegung, für den Sozialismus erziehen. Besondere Aufmerksamkeit fand auch Berlowitz von den Sozialistischen Studenten. Er schilderte die geistige und wirtschaftliche Not grosser Teile der Studentenschaft, bei denen die Sorge um die eigene Zukunft jedes solidarische Gefühl gegenüber der Arbeiterklasse ersticke. Die Sozialdemokratie habe zwar den Bedürfnissen der Jugend stets Rechnung getragen, es müsse aber noch viel mehr geschehen, um die akademische Jugend der nationalsozialistischen Demagogie zu entreissen und sie für die sozialistische Arbeiterbewegung zu gewinnen.

Die Aussprache endete mit der Annahme einer Entschliessung, in der die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen in Stadt und Land und die Jugend der anderen, schaffenden Klassen aufgerufen werden, in den Reihen der Sozialdemokratie für den Sozialismus zu kämpfen. Der Sozialistischen Arbeiterjugend wurde die Aufgabe zugewiesen, als selbständige Erziehungsorganisation zu wirken, die Parteiorganisationen aber müssten die Verantwortung tragen für alle ihre Mitglieder, die in der Jugendorganisation tätig sind. Nach einem Antrag des Parteivorstandes und Parteiausschusses wurde die von dem Kasseler Parteitag beschlossene Einrichtung von jungsozialistischen Gruppen aufgehoben.

Am späten Nachmittag erstattete schliesslich Westphal den Bericht des Parteivorstandes. Es ergab sich, dass die Sozialdemokratische Partei trotz der ungeheuren Wirtschaftsnot, trotz der Schwere des politischen Kampfes sich in erfreulicher Aufwärtsbewegung befindet und mit stärkster Aktivität verbunden ist und verbunden bleibt. - Schluss 6 Uhr. - Weiterberatung Freitag 8.30 Uhr.

Die Wahl des Parteivorstandes.

SPD. Die Wahl des Parteivorstandes durch den Parteitag ergab für Otto

Wels die grösste Stimmenziffer. Crispien und Hans Vogel erhielten die gleiche Stimmenzahl. Der Kandidat der Opposition zum Parteivorsitzenden, der Reichstagsabgeordnete Seydewitz erhielt nur 54 Stimmen; er ist nicht gewählt. Wiedergewählt wurden die bisherigen Sekretäre. Die Wahl der Beisitzer erfolgte nach dem Vorschlag des Parteivorstandes. Die bisherigen Mitglieder wurden wiedergewählt. Neu hinzugewählt wurden Breitscheid und Litke-Berlin. Der Kontrollkommission tritt neu bei der Leipziger Reichstagsabgeordnete Lipinski. Nicht wiedergewählt wurde Frau Agnes.

SPD. Die neue Notverordnung wird voraussichtlich erst am kommenden Montag veröffentlicht werden. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tritt zur Beratung der durch die neue Notverordnung geschaffenen Lage am kommenden Mittwoch zusammen, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist für Freitag einbeurteilt worden.

Die Sitzung des Ältestenrats des Reichstags, die über das Verlangen der kommunistischen Mitglieder auf Einberufung des Reichstags zu entscheiden hat, ist für Mittwoch oder Donnerstag in Aussicht genommen.

SPD. Brüssel, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Piccard und Kipfer wurden bei ihrer Ankunft am Brüsseler Nordbahnhof von einer gewaltigen und begeisterten Menge begrüsst. Auf dem Perron des aus Basel kommenden Zuges hatten sich eine grosse Anzahl von bekannten Personen der amtlichen, wissenschaftlichen und politischen Welt eingefunden, darunter der Kronprinz Leopold, mehrere Minister, der Bürgermeister Max, der Rektor der Universität und zahlreiche Professoren, eine Anzahl von Parlamentariern sowie Hunderte von Studenten. Als Piccard in Begleitung seiner Frau und vier Kindern, die auf einer Zwischenstation in den Zug gestiegen waren, aus dem Zug stieg, wurden sie mit gewaltigem Jubelgeschrei empfangen. Er sowie Kipfer wurden von Studenten im Triumph auf die Strasse getragen, wo sich mehrere 1000 Personen angesammelt hatten. Die Polizei vermochte die Menge nicht im Zaume zu halten, und es dauerte einige Zeit, bis der Wagen Piccards sich fortbewegen konnte. Kurz darauf fand in der Universität ein amtlicher Empfang zu Ehren der beiden Forscher statt.

SPD. Dortmund, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

In Dortmund kam es im Laufe des Nachmittags am Burgplatz und Steinplatz zu Zusammenrottungen, die anscheinend von Kommunisten geführt wurden. Aus der Menge erschollen Rufe: "Hunger" und "Nieder mit dem Faschismus!", die stürmisch beantwortet wurden. Obwohl die Polizei mehrfach mit dem Gummiknüppel vorgehen musste, ist es bisher zu ernstesten Zusammenstössen und Schiessereien nicht gekommen, doch hält die Bewegung in der Stadt noch an. Die Polizei führt die Kundgebungen auf eine Notiz des Dortmunder Generalanzeigers, dass Hitler sich mit grossem Gefolge im Hotel "Fürstenhof" aufhalte, zurück. Diese Notiz ist unrichtig.

SPD. Essen, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Zechenverband hat die Bergarbeitergewerkschaften zu Verhandlungen über den Lohntarif auf den 15. Juni eingeladen.

Leipziger Parteitag.

4. Verhandlungstag.

SPD. Leipzig, 4. Juni (Eig. Drahtb.)

Zum Tagesordnungspunkt Partei und Jugend referiert

Erich Ollenhauer:

Breitscheid hat bereits einen starken Appell an den Parteitag gerichtet, der Jugend in der Partei mehr Raum zu geben. Auch das Recht auf Kritik hat Breitscheid der Jugend zuerkannt und hat damit besonders den Beifall der Jugend gefunden. Die Jugend muss aber auch selbst bereit sein, an sich Kritik zu üben. Wir hatten 1925 mehr als 7 Millionen erwerbstätige Jugendliche. Im Herbst wurde die Zahl der erwerbslosen Jugendlichen auf 600 000 geschätzt und davon waren nicht weniger als 75 % im Alter von 18 - 21 Jahren. Es waren also Ausgelernte, die keine Aussicht auf Arbeit haben. Die materielle und vor allem die seelische Not dieser Jugendlichen ist ungeheuer gross. (Sehr wahr!) Dazu kommt die grosse Steigerung der politischen Bedeutung der Jugend durch die Festsetzung des Beginnes der Wahlberechtigung mit 20 Jahren. Es wachsen innerhalb jeder Wahlperiode 5 Millionen Jugendliche heran, die zum ersten Male aktiv in den Wahlkampf eingreifen. Daher die grossen Bemühungen auch aller bürgerlichen Parteien um die Jungwähler. Der Ausgang der Reichstagswahl vom 14. September bedeutete eine weitere Verschärfung des Kampfes um die Jugend. Die Zahl der Jugendverbände wird immer grösser. Auch wir in der Partei haben eine wahre Inflation an Jugendverbänden (Sehr wahr!). Selbst die Briefmarkensammler brauchen ihre eigene Jugendorganisation. (Heiterkeit)

Neben der sozialistischen Arbeit der Jugend verzeichnen wir heute eine gut ausgebaute Jugendbewegung bei den freien Gewerkschaften und im Arbeitersport. Vor dem Kriege hatten wir rund 100 000 Abonnenten der Arbeiterjugend, heute haben wir 55 000 Mitglieder in der SAJ und rund die zehnfache Zahl Jugendlicher bei den Gewerkschaften und Arbeitersportlern. Dazu als neuere Erscheinung für das jüngere Alter die aufgeblühte Kinderfreundebewegung und auf der anderen Seite die sozialistischen Studenten, die mit grossem persönlichen Mut und frischer Tatkraft in der vordersten Front des Kampfes gegen die Reaktion stehen. Diese Jugend müssen wir so erziehen, dass sie die Aufgabe der Verwirklichung unserer Ideale lösen kann. Parteiorganisatorisch müssen wir die Jugend trennen in die eigentliche Jugend von 14 - 20 Jahren und in die nach dem Kriege mündig gewordene jüngere Organisation zwischen 20 und 35 Jahren. Leider stehen noch viele Jugendliche abseits von unseren Organisationen, denen die sozialistische Erziehung im Elternhaus den Weg in sie ganz naturgemäss weisen müssen. Die Partei will keine Zwangsmassregeln in dieser Richtung ergreifen; aber jeder Parteigenosse muss es als Verletzung der Parteipflicht ansehen, wenn er seine Kinder nicht in die sozialistische Jugendbewegung bringt oder gar davon fernhält. (Lebhafte Zustimmung!) Die Parteimitglieder, die in der Jugend arbeiten, haben Mittler zwischen Partei und Jugend zu sein. Die Parteiwerbung in der Jugend wird unmöglich, wenn man immer nur kritisch von der Partei spricht. Die Kritik an der Partei gehört in die Parteiorganisation. Wer auch die Geschichte der internationalen proletarischen Jugend kennt, muss wissen, dass die Hineinziehung der Jugendorganisationen in innerpolitische Auseinandersetzungen immer das Ende der Jugendorganisationen bedeutet hat. Seien wir uns alle und jederzeit der pädagogischen Verantwortung vor der Jugend bewusst! Um der Verantwortung willen müssen wir über alle Streitfragen in der Partei vor der Jugend ganz objektiv berichten; aber auch wenn wir nicht unmittelbar vor der Jugend stehen, sollten wir nie vergessen, wie unsere Worte und Schriften auf die Jugend wirken. Wenn die Chemnitzer "Volksstimme" Tarnows Schlusswort ein Gemisch von Demagogie und Zynismus nennt, hat sie vor der Jugend die Schrift Tarnows, die die Partei jetzt in Massenaufgaben herstellt, im voraus entwertet, seine ergreifende Darlegung

über die innere Parteieinigkeit im voraus entkräftet und ein Beispiel der Verantwortungslosigkeit gegenüber der Jugend gegeben, das für alle gewissenhaften Parteigenossen ein abschreckendes Beispiel sein sollte. (Stürm. Zustimmung.)

Nach einem Beschluss des Reichsausschusses der Sozialistischen Arbeiterjugend sollen Parteigenossen über 20 Jahre, die in der SAJ agitieren, zur Ausübung ihrer Funktion neben dem Vertrauen der Jugendlichen auch die Zustimmung ihrer Parteiorganisation einholen. Wir wollen dadurch Fälle verhindern, die wir erlebt haben, dass Jungsozialisten die Jugendorganisation benutzt haben, um für die Kommunisten Propaganda zu machen.

Ein anderes Problem ist die Eingliederung der jungen Generation über 20 Jahre in die Parteiarbeit, und diese Arbeit muss die Partei übernehmen. Gegenüber dem Argument unserer Gegner, die Sozialdemokratie sei eine Partei ohne Jugend, stelle ich fest: Wir haben in der Sozialdemokratie 80 000 Mitglieder unter 25 Jahren und 320 000 unter 35 Jahren. Wir haben in der Partei mehr Junge als die kommunistische Partei Mitglieder hat. Die Spannung zwischen jung und alt ist in der heutigen Zeit besonders stark und Revolutionen haben die Jungen ganz verschieden beeinflusst und umgeformt. Die Jugend kann auch nicht zwischen heute und gestern Vergleiche ziehen, weil sie das Gestern nicht erlebt und darum wir Alten die Organisation aufgebaut haben, die für die Jungen eine Selbstverständlichkeit bedeuten (Sehr wahr!). Die Jugend meint, es sei schon gut, wenn sie marschiere und begreift nicht, dass Politik mehr ist als Demonstration (Sehr gut!). Die Jugend muss selbst lernen, das politisch Mögliche zu begreifen. Neben dem Idealismus und dem Willen zur gesellschaftlichen Mitarbeit erfordert die Politik viel Einsicht, Erfahrung und Umsicht, die man sich eben nur erarbeiten kann. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion ist die weitaus jüngste, die zählt 45 Abgeordnete unter 35 Jahren. Aber soviel Jugendlichkeit ist nur vor den Reichstagswahlen zu ertragen! Im Reichstag zeigt es sich, dass der Geburtsschein ohne Wert ist und selbst nicht ausreicht zur Erlangung milderer Umstände. Ich bin überzeugt, dass Hitler nicht zuletzt aus dem Reichstag deshalb auszog, um mit seinen Jungen wieder in die romantischeren Gefilde der Agitation zurückkehren zu können. Auch die jungen kommunistischen Reichstagsabgeordneten sind im allgemeinen im Pfeifkonzern tüchtiger als in der politischen Arbeit.

Der Beschluss des Kasseler Parteitages auf Bildung der jungsozialistische Vereinigung war damals berechtigt. Heute stellt das Urteil der Partei das Versagen dieser Vereinigung fest. Eine wesentliche Ursache dieses Versagens der Jungsozialisten ist die Entfaltung der Vereinigung zu einer reinen Richtungsorganisation. Dabei hat eine Reihe erwachsener Parteigenossen leider sehr tatkräftig mitgewirkt. Neben der Politisierung und Mobilisierung der Jugend darf ihre geistige Ausbildung nicht vernachlässigt werden. Wir müssen über das Schlagwortwissen hinaus zur politischen Bildung, die jeder sich einzeln eringen muss. Ein erheblicher Teil der Jungwähler hat im vorigen September nicht uns, sondern die Nationalisten und Kommunisten gewählt. Krieg, Revolution, Inflation und Weltkrise haben in ihrer atemraubenden Folge auch die Unentschlossenheit und Labilität junger Menschen getroffen. Die Jugend hat den Sieg der brutalen Gewalt über Kultur und Menschlichkeit, den täglichen aufreibenden Kampf um das nackte Leben miterlebt. Rationalisierung und Arbeitslosigkeit haben die Jugend in eine neue geistige und seelische Krise gestürzt. Die junge Generation erlebt in ihrer Gesamtheit das proletarische Schicksal. Auf der Jugend des Bürgertums ist die ganze Welt der überkommenen Vorstellungen zusammengebrochen. Selbst die akademische Bildung eröffnet ihr nicht mehr den Weg ins Land der Privilegien. Sogar die Bauernjugend ist in die Agrarkrise aus allen alten Vorstellungen herausgerissen und vor die völlige Unwissenheit der Zukunft gestellt. Trotz mancher äusseren Erleichterungen hat die ganze Jugend die Werte der Vergangenheit verloren und steht heute vor einem

Nichts. Ein grosser Teil der Jugend hat kapituliert und resigniert, es gibt keine Jugendbewegung im alten Sinne mehr. Die neue "Sachlichkeit" ist der vorzeitige Friedensschluss der neuen Jugend mit allem bestehenden Unrecht. Der kleinere aktive Teil der Jugend rebelliert gegen das Schicksal, gegen Demokratie und Republik, gegen aussenpolitischen Druck, rebelliert gegen alles. Nur der schärfste Radikalismus, nur die unbedingte Negation kann sie befriedigen. Dieser unpolitischen Stimmung entspricht der unpolitische Wunderglaube, der in dieser Zeit bei der jungen Generation wahre Triumphe feiert.

Die Jungen haben die Mentalität der Maschinenstürmer aus der damaligen Zeit. Die Thälmann und Hitler werden zu Helden erhoben, die mit einem Schlage alles wandeln werden. Nicht die konkreten politischen Ziele, noch weniger die politischen Leistungen der extremen Parteien haben die Jugend fasziniert, sondern ihre Glaubenssätze. Die Form ihres politischen Kampfes spricht die Sprache der Jugend hemmungslos und verantwortungslos. Die Sozialdemokratie kann diese Sprache der Jugend nicht sprechen. Die Sozialdemokratie hat seit zwei Menschenaltern, aber vor allem seit 1918 die Phase der Rebellion und ihrer Propaganda verlassen. Die Sozialdemokratie ist in die Phase der Verwirklichung und praktischen Gestaltung eingetreten, die mehr erfordert als Elan, die Einsicht und Erfahrung voraussetzt. Müssen wir deshalb auf die Gewinnung der jungen Generation für den Sozialismus verzichten? Nein, durchaus nicht. Die soziale Not hat die Jugend zur politischen Revolution getrieben; sie strebt mit allen Kräften nach politischer Änderung, die kann ihr der Radikalismus nicht geben! Niemals ist die Jugend vor eine grössere Aufgabe gestellt worden als in der Sozialdemokratie. Für die Schaffung der neuen Welt der Arbeit braucht man den ganzen Menschen und wir müssen gerade den ganzen Menschen für die junge Generation einsetzen. Nur durch uns kann die Jugend eine neue Zielsetzung, einen Lebenssinn finden. Der Sozialismus hat erst die Männer herausgeführt aus der blassen Elendsstunde des Proletariats und die Kämpferformationen formiert. Er hat dann die Frau in den Kampf geführt gegen doppelte Lasten in Wirtschaft und Gesellschaft. Jetzt gilt es die dritte grosse Armee, die Jugend in ihrer Gesamtheit unter der Fahne des Sozialismus zu sammeln und mit der Sozialdemokratie in den Kampf zu führen. (Langanhaltender Beifall.)

Mit verlängerter Redezeit erhält zunächst das Wort für Ausführungen der Kinderfreundebewegung der Leiter dieser Bewegung

Dr. Löwenstein:

Wir bewundern die organisatorische Hingabe und Treue des Stammes unserer alten Parteigenossen. Diese Treue stammt aus der gesellschaftlichen wie politischen Ab- und Ausgeschlossenheit der Sozialdemokratischen Partei der früheren Zeit. Heute ist das anders geworden. Wir wirken heute an und in der bürgerlichen Gesellschaft, daher können wir nicht mehr aus der Substanz aus der Heroenzeit zehren. Wir brauchen Elastizität; aber Elastizität ohne Grundsätzlichkeit führt zur Charakterlosigkeit und Grundsätze ohne Elastizität führen zum Dogmatismus. Beide Gefahren müssen vermieden werden.

Aus diesen Grundgedanken heraus ist die Kinderfreundebewegung, die sozialistische Erziehungsbewegung hervorgegangen. Sie erfüllt eine geschichtliche Aufgabe. Heute sind schon nahezu 1000 Orte von der Kinderfreundebewegung erfasst. Ueber 200 000 Kinder werden heute von uns in sozialistischen Gedankengängen erzogen. Das ist ein Erfolg, wie ihn keine Kinderbewegung zu verzeichnen hat. Dieser Erfolg ist nicht nur den Methoden romantischer Art der Kindertümlichkeit zuzuschreiben, mit denen wir unsere Arbeit vollziehen; er ist auch nicht allein ein Erfolg unserer Helfer. Wir haben 10 000 Helfer, die, ehrenamtlich, von ihrem kargen Lohn und von ihrer Zeit für diese Aufgabe opfern. Ein grosser Teil unserer Helfer betrachtet diese Arbeit nicht als Nebenbeschäftigung, sondern als Lebensberuf. Wir haben Arbeiter und Arbeiterinnen, Akademiker, Lehrer, Ärzte, Chemiker usw., aber in unserer Mitte sind sie das

nicht, sondern Helfer. Ich bedauere nicht die Politisierung der Jugend, sie gehört zur gesellschaftlichen Gestaltung. Als das Bürgertum gegen den Feudalismus kämpfte, war die Jugend nicht weniger politisiert als heute. Wir müssen die Erziehungsarbeit so einstellen, dass die Jugend aus ihrer Erfahrung, ihren Willensimpuls heraus die Gestaltung ihrer Verhältnisse wahrnimmt. Erziehung kann nie nur sein ein Heranreifen für diesen Zustand von Uebermorgen, sondern muss sein ein Wachstum an den Lebens- und Kampfbedingungen, an den Aufgaben dieser Zeit. Das hat unserer Kinderfreundebewegung ihren starken Gehalt gegeben. Wir lassen die Kinder arbeiten an ihrer eigenen Klassenlage. In der Familie des Arbeiters ist der Platz zu eng für eine soziale Lebensgestaltung. Bei uns, in ihren Gruppen, bei ihren Treffen finden die Kinder den Raum, wo die Fundamente des Klassenbewusstseins erlebt werden. Von bürgerlicher Seite wirft man uns vor, wir zerstören die Familie. Wir ziehen aber nur die gesellschaftlichen Folgerungen aus einem vorhandenen Tatbestand (Sehr richtig!). Wir brauchen eine Erziehung für den organisierten Menschen, eine Erziehung aus der Tat heraus für die Selbstverwaltung. Deshalb erziehen wir auch Jungen und Mädchen zusammen. Die Emanzipation der Frau ist nur ein Privileg einzelner, wenn wir nicht von Grund auf das Verhältnis von Mann und Frau gesellschaftlich anders gestalten. (Bravo!) Erst wenn wir die Hegemonie des Geschlechtlichen in der Gesellschaft aufheben, wird die Emanzipation der Frau eine lebendige Tatsache. Gegen die Verleumdungen von bürgerlicher Seite über die angebliche Unsittlichkeit der Kinderfreundebewegung wäre die Anwendung der Notverordnung am Platze. (Sehr gut) Aber darüber hinaus lässt das lebendige Tun unserer Falken all diese Vorwürfe zuschanden werden. Wenn wir heute die blauen Balken mit dem christlichen Kreuz sehen, so erblicken wir darin die Bejahung eines gesunden Gedankens, der aus unserer Gestaltungswillen gekommen ist. (Sehr gut!) Mit aller Energie protestieren wir gegen das Verbot der bayerischen Regierung, gegen das Verbot, wonach schulpflichtige Kinder an den Veranstaltungen der Kinderfreunde nicht teilnehmen dürfen. (Lebhafte Zustimmung!) Wenn man von uns fordert, wir sollten die roten Fahnen aufgeben, sollten den Kindern nichts von Sozialismus erzählen, so sagen wir, dass die Begeisterung für den Sozialismus erst die Verfassung geschaffen hat! Wir lassen uns von der bayerischen Reaktion und von den Nationalisten nichts vorschreiben, was in der Verfassung als legales Erziehungsgut gilt. Auch bei den Wohlfahrtsbehörden usw. finden wir Schwierigkeiten. Deshalb wenden wir uns an unsere Parteigenossen: Helft uns mit, diesen Erziehungsbund der Kinderfreundebewegung weiter auszubauen. Wenn Ihr mitwirkt an diesem Erziehungsgedanken, wenn er zur Ideologie unserer gesamten Arbeiterklasse wird, dann wird er nicht nur Ideologie sein, sondern die materielle Macht zur Schaffung des Sozialismus. (Lebhafter, anhaltender Beifall!)

Für die Studenten spricht Berlowitz-Berlin: Die freundlichen Worte, die mehrere Referenten des Parteitags den sozialistischen Studenten gewidmet haben haben uns erfreut und beschämt. Bedeutung und Ansehen der Universitäten sind stark gesunken und die Universitäten haben noch nicht begriffen, dass gerade in der Demokratie selbst der Bestand der Hochschulen abhängig ist von der öffentlichen Meinung, abhängig davon, dass sie sich im Rahmen der Republik einfügen. Aber wenn die geistige Bedeutung der Universitäten herabgemindert ist, so ist ihr politischer Einfluss gewachsen. Akademisierung und Proletarisierung gehen auf den Hochschulen in geradezu grotesker Weise Hand in Hand. Die Zahl der Studenten an den Universitäten ist um 50 % gewachsen, an den Technischen Hochschulen und Handelshochschulen nahezu verdoppelt. Unter den Studenten sind nur 2,4 % Arbeitersöhne, aber über 45 % Beamtenöhne. Das Ideal des kleinen Beamten besteht eben darin, seinen Sohn auf den Posten zu bringen, den sein Vorgesetzter hatte. Ueber 50 % der Studenten gibt als ihr Ziel Anstellung im Staat und in der öffentlichen Verwaltung an und über 50 % der Studenten sind nationalsozialistisch beeinflusst. Das zeigt die ganze Grösse

der 'akademischen Gefahr für Republik und Staat. (Sehr wahr!) Es ist falsch zu sagen, dass die Universitäten Monopol der besitzenden Klasse seien. Richtig ist, dass Beamte und Mittelstand auf dem Umweg über die Hochschulen Anschluss an die führende kapitalistische Schicht suchen. Es ist auch nicht richtig zu behaupten, die Studentenschaft wäre reaktionär; sie ist im tiefsten revolutionär. Aber die Not der eigenen Familie, die Sorge um die eigene Zukunft und die Angst vor der Konkurrenz der Aussenseiter hat bei ihnen jedes Solidaritätsgefühl gegenüber der Arbeiterklasse erstickt. Diese Einstellung bringen die Studenten bereits von den höheren Schulen mit und die Kultusverwaltungen der Länder nabender politischen Beeinflussung der Jugend nicht die genügende Aufmerksamkeit geschenkt. (Sehr richtig!)

Trotzdem sind die Universitäten nicht ganz der Reaktion ausgeliefert. Wir haben in Deutschland und Deutschösterreich 5000 sozialdemokratische Studenten und Studentinnen organisiert und etwa 10 000, fast 10 % der Gesamtzahl stimmen für uns. Diese sozialistischen Studenten stehen meilenfern den Leuten aus der Bourgeoisie, die in die Arbeiterbewegung kommen, um sich proletarischer aufzuspielen als die Proletarier selbst. Wenn wir in die Arbeiterversammlungen gehen wollen, machen wir uns nicht vorher den Kragen schmutzig (Heiterkeit). Wenn Asphaltliteraten in der "Weltbühne" sich nicht genug über mangelnden Geist der Sozialdemokratie entrüsten können, dann ist es mir eine Ehrenpflicht ihr zu erklären, dass Partei und Gewerkschaften in den letzten Jahren der sozialistischen Propaganda und Idee unter den Studierenden eine Aufmerksamkeit zugewendet haben, wie nie zuvor und in keinem anderen Lande des Kontinents. Es ist mir eine Ehrenpflicht, der preussischen Fraktion für ihre Kulturarbeit zu danken und der Professoren Radbruch, Lederer und der zahlreichen anderen sozialistischen Professoren zu gedenken. Man hat der Partei oft vorgeworfen, dass sie den geistlichen Bedürfnissen der Jugend nicht genug Rechnung trage. Aber auf der anderen Seite werden die jungen Menschen, die völlig festgefahren sind, nie zu den Besten der Arbeiterbewegung gehören. Wer nicht mehr zweifelt, wer seine Meinung garnicht mehr ändern kann, ist geistig tot. Wer blind auf Seydewitz schwört, kann sich nicht mehr entwickeln. Ich gestehe ganz offen, dass die Jungen vor dem Parteitag unsicher waren, ob die Partei noch die innere Kraft besitze, wieder offensiv zu werden. Auch wir habengedacht, jetzt müsse Einer aufstehen und die Fahne vorantragen. Aber die Referate von Tarnow und Sollmann und besonders das Schlusswort von Breitscheid haben uns doch wieder befestigt: Wenn die Demokratie befähigt ist, solche Männer herauszustellen, hat sie doch nicht versagt, haben wir doch allen Anlass, sie und ihre Formen zu verteidigen! (Stürm. Beifall) Unsere Studenten haben in den Parteiversammlungen oft angeeckt. Genossen, messen Sie dem keinen Wert bei! Die jungen Menschen haben es heute schwer, immer den richtigen Weg zu finden. Unsere Partei leidet an den grossen Spannungen, dass sie an den Grundfesten der Gesellschaft rüttelt und doch wie ein neuer Herkules das ganze Gesellschaftsgebäude trägt. Heute kann man den jungen Akademikern nicht mehr vorwerfen, wie 1918, dass sie um der Konjunktur willen zu Sozialdemokraten wurden, aber doch sind die jungen Akademiker noch nie so stolz darauf gewesen, dass sie Sozialdemokraten sind wie jetzt, da wir dem Unfals und dem Terror der Gegenseite die ewigen Postulate der Freiheit und Menschenwürde entgegenstellen. (Lbh. langanhaltender Beifall.)

Kleineibst-Ostsachsen: Der Referent hat mit Bedauern feststellen müssen, dass ein nicht geringer Teil der Jugend zu den Nationalsozialisten übergleitet. Das hat wirtschaftliche aber auch psychologische Gründe. Wenn die Nationalsozialisten sich Fetzen aus unserem Programm für ihr Lumpenkleid gerissen haben, so haben auch wir Anleihen bei den Nationalsozialisten gemacht. (Unruhe. - Wels: Wir nicht, vielleicht Sie!) Ich meinte damit, dass wir dem Nationalismus nicht genügend stark entgegentreten. Die Jugend wird vom Gefühl

bestimmt, und wenn sich jetzt schon unsere Parteipresse verleiten lässt, von Tributlasten zu schreiben, wird das Gerechtigkeitsgefühl der Jugend irreführt. Die Tribute nach innen sind an unserem Wirtschaftselend vielmehr schuld als die Reparationen nach aussen. (Vors. Lipinski bittet den Redner, nicht wieder in die aussenpolitische Debatte einzulenken, er möge zur Jugendfrage sprechen.) Wenn wir die Jugend der Partei näherführen wollen, müssen wir sie vom Nationalismus ablenken. Dandarf nicht das Auslandskapital der Feind sein, sonderndas Kapital.

Nölting: Das Jugendproblem ist für uns nicht identisch mit der Frage der Jungsozialisten. Wenn wir den jungsozialistischen Laden schliessen, verschütten wir damit keinen Weg zur Partei, sondern riegeln nur eine Sackgasse ab. Der Jungsozialismus ist gestorben an einer sturen Orthodoxie, einem ungeheuren Kult des Gestrigen und vorgestrigen und andererseits an einer unsympathischen Ueberheblichkeit. (Sehr gut.) Die schönste Aufgabe der Jugend ist, dass sie dem Sozialismus die visionäre Schau, die Zielgläubigkeit erhält. Bewegung ist nur Ziel, wenn das Ziel alles bleibt. (Stürmische Zustimmung.)

Edel-Dresden: Der Resolution über die Jungsozialisten werden wir zustimmen, aber mit dem Bedauern, dass es durch die Ablehnung aller Vermittlungsvorschläge durch die Leitung der Jungsozialisten dazu kommen müsste. Es herrschte dort ein aufgeblähtes Kraftgefühl genährt von älteren Parteigenossen. Es ist ein Missbrauch der Jugend, wenn hier solche Redensserviert werden, wie die des Genossen Kleineibst. Die Verjüngung des Parteiapparates könnte wohl etwas schneller erfolgen. Sie muss erfolgen für die Jugend und mit der Jugend, aber nicht durch die Jugend gegen die Partei. (Beifall)

Dietrich-Erfurt: Es darf nirgends die Auffassung aufkommen, als gingen die politischen Fragen die Jugend nichts an. Wenn wir begreifen, dass die Jugend alles angeht, wird manche Spannung vermieden werden. Die grösste Gefahr sehe ich darin, dass durch organisatorische Massnahmen verhaltene Aktivität geschaffen wird. Sie geht dann ihreeigenen Wege.

Meizmann-Hamburg: Ein wichtiges Problem ist, wie die hunderttausende aus der Kinderfreundebewegung in unsere Bewegung hineinzuführen sind. Zur Frage der Heranholung der Jugend zur Mitarbeit weise ich darauf hin, dass Wels und Hermann Müller mit dreissig Jahren in führende Ämter der Partei gekommen sind. Darum sollte unsere jetzige Leitung nicht allzu ängstlich sein. Geben wir unserer Jugend eine Chance!

Liebmann: Die mangelhafte Berücksichtigung der jüngeren Generation in der Organisation hat einzelnen überalterten Jugendlichen, einzelnen Parteiführungsaspiranten ohne Verantwortungsgefühl Gelegenheit gegeben, einen wahren Jugendkult zu treiben und diese Jugendlichen zu missbrauchen. Wenn die Jugendlichen keine Wortführer mehr nötig haben, wenn wir ihnen in der Organisation den gebührenden Platz geben, dann hört das von selbst auf. Was hier oben auf denTribünen seinen Gefühlen recht lauten Ausdruck verleiht, ist weder ein wesentlicher Bruchteil der Leipziger Jugend, noch sind es leider sozialistisch organisierte Jugendliche. Zu dieser Feststellung vor dem Parteitag fühle ich mich doch verpflichtet.

Die Verhandlungen werdenauf nachmittags 3 Uhr vertagt.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender Wels: Zur Rednerliste sind 40 Redner gemeldet, lauter gewichtige und schwere Namen. (Heiterkeit) Auf diese Weise kämen die wirklichen Jugenddelegierten überhaupt nicht zu Wort, da wir unsere Arbeit hier auch zu Ende bringen müssen. Ich erbitte deshalb vom Parteivorstand die Ermächtigung, zuerst den vier jüngsten gemeldeten Delegierten - sie sind 21, 24 und 26

Jahre - das Wort zu geben. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind zu ihren Gunsten bereit, von der Rednerliste zurückzutreten. Der Parteitag stimmt diesem Vorschlag zu.

Fliege-Dortmund: Wir danken dem Genossen Wels für die Möglichkeit der Aussprache. Die jugendlichen Wähler haben am 14. September dem politischen Leben Deutschlands ein neues, wenn auch nicht schönes Gesicht gegeben. Aber wir müssen die Gründe begreifen. Gerade die Arbeitslosigkeit hat den Drang der Jugend nach Betätigung übersteigert. Wir dürfen uns nicht wundern, wenn sie in dieser Lage der Parole nicht widersteht, Schaufenster einzuwerfen. Dazu kommt der ungesunde Einfluss des Sports, da, wo er auf die Züchtung von Sportkanonen ausgeht und namentlich in den Werkssportvereinen. Auch da, wo wir mit der Entscheidung der Partei nicht ohne weiteres einverstanden sein konnten, haben wir uns ehrlich bemüht, die Gründe zu verstehen und die jugendlichen Genossen objektiv darüber zu unterrichten.

Pirner-Nürnberg: Wir brauchen zwischen Partei und Jugend eine Atmosphäre des Verstehens, des gegenseitigen Vertrauens. Es ist seit dem Weltkriege ein neuer Typ der Jugend herangewachsen. Die Schulzeit dieser jetzigen Jugend lag während des Krieges. Als wir ausgelernt hatten, stiess man uns in das Millionenheer der Arbeitslosen. Noch stärker als die proletarische Jugend hat sich die junge Angestellten- und Bauernschaft der Verzweiflung und dem Radikalismus in die Arme geworfen. Sie alle sind Kinder der verworrenen Zeit, Kinder der Maschinen, Kinder der Rationalisierung. Den relativen Radikalismus der Jugend wird die Sozialdemokratie nur überwinden durch radikalen Positivismus, durch entschlossene Tat (Beifall).

Keller-Eisleben: Leider hat es die Republik versäumt, die junge Generation an das jetzige System zu binden. Deshalb erscheint uns die Ueberwindung des Faschismus besonders schwer. Wir werden sie nur erreichen, wenn Sie den jungen Kräften in der Partei den weitestgehenden Raum geben. Sie dürfen die Jugend nicht als Konkurrenz betrachten, die Sie verdrängen will. Die Jugend hat hohe Anerkennung z.B. für unseren erkrankten Genossen Ludwig, der in schweigsamer Arbeit eine starke Verjüngung in den Zentralstellen der Partei herbeigeführt hat (Wels: Nicht nur Ludwig, der ganze Parteivorstand!)

Renner-Gelsenkirchen: Gewisse jugendliche Tribünenbesucher des Parteitages, die uns in den letzten Tagen so eifrig mitgespielt haben, zeigen heute durch ihre Abwesenheit, dass das Thema "Partei und Jugend" sie wenig interessiert. Das überrascht uns nicht sehr; denn wer sein Urteil für unbedingt entscheidend für die hohe Politik hält, kann sich für die Klärung der Jugendfrage nicht sehr erwärmen. Die uns nun bereits bekannten Gesichter, die so schöne Zwischenrufe machten und so demonstrativ bestimmten Parteitagsrednern Beifall klatschten, haben ihre hohe politische Mission auf dem Parteitag erfüllt und damit ist ihr Interesse an ihm erloschen. Wir bitten Sie daher sehr, die SAJ nicht nach dem Masstab dieser Tribünenbesucher zu messen (Beifall). Die Arbeiterjugend verlangt nicht nur Rechte, sie ist zu schwerster Pflicht und Arbeit bereit. Die 14 bis 18jährigen, die Severing und Wissell einfach ad acta legen, sind nicht die deutsche Arbeiterjugend, und wenn die 35jährigen Jugendlichen jetzt eine besondere Zeitschrift für die proletarische Jugend herausgaben und ihr vorpredigen, die Sozialdemokratie wolle den Kapitalismus nicht mehr bekämpfen, Sowjetdeutschland müsse das Ideal sein - nun, auch für diese Jugendführer kommt die Stunde, wo sie einmal keine Steigerung mehr wissen. Wir haben ja erlebt, wie klein der Schritt vom fanatischen Kommunisten zum Standartenführer der SA ist! Wir sind allen älteren Genossen dankbar, die der Jugend aus dem Schatz ihrer Erfahrungen spenden. Aber wir sagen euch, die älteren Genossen können nicht mit der Zunge der Jugend sprechen. Wir haben den Bau des neuen Staates der Arbeit begonnen und gefördert. Nehmen sie das starke und ehrliche Bekenntnis der proletarischen Jugend entgegen, dass sie be-

reit ist, diesen Bau zu vollenden. (Starker anhaltender Beifall.)
Ein Schlussertrag wird angenommen. Das Schlusswort erhält

Ollenhauer:

Die Politisierung der Jugend ist eine Tatsache, mit der wir rechnen müssen. Aber in einem gewiss vielleicht nur scheinbaren Gegensatz zu Löwenstein bin ich ausserstande, alle Formen dieser Politisierung rückhaltlos zu bejahen. Wenn Kommunisten Känder gegen die Sozialdemokratie reden lassen, wenn sie im Wahlkampf Kindersprechchöre auf Lastwagen laden, wird die Politisierung zur Verwilderung der Jugend. Auch Politisierung und politische Reife sind zweierlei. Die Aufgabe der sozialistischen Arbeiterjugend besteht darin, die politisierte Jugend zur politischen Reife zu bringen. Die Ausführungen von Kleineibst haben mich überzeugt, dass ich unsere Erziehungsaufgaben zu eng gefasst habe, wenn ich sie auf die Jugend beschränkte. Es scheinen auch den älteren Parteigenossen manchmal noch die einfachsten politischen Grundbegriffe zu fehlen. (Lebhafte Zustimmung und Widerspruch.) Wenn wir in den letzten Jahren erlebt haben, dass schlechte Politiker, die in den Parteiorganisationen nicht auf die Beine kamen, Jugendorganisationen benutzten, um sich und ihre Auffassung durchzusetzen, dann mussten wir erklären: dazu ist die Jugend nicht da, dass man in sie die Quernägel einschlägt, die die Partei nicht brauchen kann. Setzt die Partei ältere Funktionäre in die Jugend, dürfen es nicht die unbrauchbarsten sein, es müssen die besten sein, die wir haben. (Lebhafte Zustimmung.) Gerade die Arbeit in der Jugend setzt pädagogische und politische Fähigkeiten voraus. (Sehr wahr!) Weil nicht alle Parteiorganisationen die Jugendarbeit so ernst genommen haben, deshalb war der Beschluss notwendig, dass die Organisationen die Verantwortung für die älteren Jugendfunktionäre tragen. Wer kann gegen eine solche Selbstverständlichkeit mit guten Gründen angehen? (Sehr wahr!) Ich bitte Sie, unsere Entschliessung einstimmig anzunehmen und damit zu bekunden, die Sozialdemokratie gewährt der jungen Generation Raum zu praktischer Arbeit und ruft sie zum Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus auf. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Ein Antrag Müller-Chemnitz über den Absatz des Resolutionsentwurfs, der bestimmt, dass die Parteiorganisationen die älteren Jugendfunktionäre verantwortlich auswählen, getrennt abzustimmen, wird gegen eine kleine Minderheit abgelehnt. Gegen dieselbe Minderheit wird die Resolution Ollenhauer und der Antrag vom Parteiausschuss und Parteivorstand auf Auflösung der Jungsozialisten-Gruppe angenommen. Antrag 206 wird dem Parteivorstand überwiesen. Alle übrigen Anträge wurden für erledigt erklärt.

Auf Vorschlag von Wels werden zunächst die Wahlen des Parteivorstandes und der Kontrollkommission vorgenommen. Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel. Das Resultat der Wahl wird am Freitag bekanntgegeben. Dann erstattete den Bericht des Parteivorstandes Genosse Westphal.

Max Westphal:

In allen den Kämpfen, die wir in der Berichtszeit zu führen hatten, haben wir unsere Position im grossen und ganzen gut gehalten. In dem Kampfe vor den Reichstagswahlen 1930 haben wir sogar recht gut abgeschnitten. Bei den Landtags- und Kommunalwahlen nach den Reichstagswahlen war das Resultat im allgemeinen ungünstiger. Der Umschwung der Wählerschaft zugunsten der radikalen Parteien hat im Frühjahr 1930 eingesetzt. Die Gewerkschaften haben 1928 noch 763 Streiks geführt, 1930 nur 314, davon waren 1928 nur 4 % erfolglos, 1930 aber 66 %. Das hat seinen Grund in den 5 Millionen Erwerbslosen. Die Kämpfe der Partei waren im wesentlichen Kämpfe zur Erhaltung des Bestehenden. Das hat natürlich viele enttäuscht, zumal andere Parteien sehr viel grössere Versprechungen machen als wir das tun dürfen. (Sehr gut). Der Kampf um die Massen wird eben auch heute von den Kreisen geführt, die im kaiserlichen Deutschland als privilegierte Kreise die Masse missbrauchten. Dazu kommt der Wandel

in der Stellung der Sozialdemokratischen Partei, der sich in der Nachkriegszeit vollzogen hat, dadurch, dass sie in der demokratischen Republik ein grosses Mass von Verantwortung zu tragen hat. In über 1300 Stadt- und Gemeindeverwaltungen haben wir heute die absolute Mehrheit und in vielen anderen grossen Einfluss. 25 % aller Bürgermeister in Deutschland sind Sozialdemokraten (Hört! hört!). Durch diese Verantwortung ist natürlich unsere Agitation in gewissem Masse gehemmt, aber niemand von uns wird deshalb diese Position wieder aufgeben wollen, nicht etwa aus dem Drang nach der Futterkrippe, den man uns nachsagt, sondern um von diesen Positionen aus Erfolge für die Arbeiter zu erringen und um sie als Positionen zu benutzen, von denen wir weiter zur Erreichung unseres Zieles vorstossen. Wie gegen uns vorgegangen wird, beweist z.B. die eine Broschüre "Totgeschwiegene Wahrheiten. Sünden der Sozialdemokratie". Danach haben wir sogar Paradiesbetten, eigene Autos und Flugzeuge den Arbeitern versprochen (Heiterkeit) und haben sie nun um diese Versprechungen betrogen.

Eine besonders grosse Hetze ist die der Korruption, die die Sozialdemokratie betreibt. Diese ganzen Anschuldigungen beruhen zum grössten Teil auf gemeinem Misstrauen. Es sind auch keineswegs immer Sozialdemokraten, die bei solchen Fällen in Betracht kommen und es hat auch schonfrüher Korruption gegeben. Jedenfalls war die Sozialdemokratie immer die schärfste Bekämpferin jeder Korruption, wo sie sich auch immer breitmacht. (Lebhafte Zustimmung.) Sie ist der Auffassung, dass Sozialdemokraten selbstverständlich nicht in öffentliche Ämter kommen, um sich Reichtümer zu erwerben, sondern, um dort für die Interessen des Volkes zu wirken. Wir wollen den Genossen in diesen Ämtern sagen, dass sie zwar alles, was notwendig ist, auf dem Gebiete der Repräsentation durchaus erfüllen sollen, aber in den Grenzen, die der heutigen Zeit und die unserer sozialdemokratischen Auffassung entsprechen.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist gerade in der letzten Zeit mit grosser Leidenschaft geführt worden. Man versucht, ihr mit aller Kraft den Todesstoss zu versetzen. Dabei haben wir es mit einer ungeheuren Verrohung und Beschmutzung des politischen Kampfes zu tun. (Sehr wahr!) Die politische Tobsucht hat selbst in den Parlamenten zu ungeheuerlichen Szenen geführt. Die Gemeinheiten des Kampfes nehmen zu, je nationalistischer sich eine Bewegung gebärdet. Aber die Kommunisten nehmen im Kampfe um diese Siegespalme die stärkste Konkurrenz mit den Nationalisten auf. Sie haben sich sogar nicht gescheut, das Begräbnis Hermann Müllers in der schamlosesten Weise zu glosieren. (Hört, hört!) Wir lehnen es ab, uns in unserem Abwehrkampf auf dasselbe niedrige Niveau zu begeben. (Sehr gut!)

Es gibt in der Sozialdemokratie nur eine Meinung darüber, dass wir unser Ziel so lange es irgend möglich mit friedlichen Mitteln erreichen wollen. Dass wir aber dem, der uns mit Gewalt entgegentritt, auch mit Gewalt zu begegnen bereit sind, dazu brauchen wir eine organisierte Abwehrfront, und dabei kommt es vor allem auf die Stärkung des Reichsbanners an. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sprechen den Kameraden des Reichsbanners, die uns in diesem Kampf unterstützt haben, unseren herzlichsten Dank aus. (Lebhaftes Bravo!) Wenn heute in den nationalsozialistischen Kreisen ein Legalitätsfimmel ausgebrochen ist, wenn Goebbels seine Broschüren, in denen er wie ein dummer Narr seine blutrünstigen Revolutionsphantasien losgelassen hat, einstampfen lässt, so ist das gewiss zurückzuführen auf den Versuch, sich koalitionsreif zu machen, aber auch auf diese gewaltige Mobilmachung in unseren Reihen gegen den Faschismus. Die Mobilisierung unserer Kräfte muss aber noch mit viel grösserer Einheit durchgeführt werden. (Sehr richtig!) Die Auseinandersetzungen der Partei dürfen die Kampfkraft der Partei niemals brechen. (Sehr wahr!) Diese Worte sind nicht gegen diejenigen gerichtet, die irgendwie oppositionell eingestellt sind. (Der Redner zählt eine ganze Reihe von Schmähungen gegen die Partei durch Or-

gane der Linken innerhalb der Partei auf.) Wir müssen auch in dieser Zeit den Kampf gegen den Faschismus mit aller Kraft führen, aber wir müssen uns auch den Kommunisten entgegenstellen. Man liest jetzt oft von Strassenkämpfen zwischen Nazis und Kommunisten. Aber das beweist nur, dass beide Parteien einen grossen Prozentsatz rauflustiger Elemente enthalten.

Die Hauptfront der Kommunisten ist nicht gegen den Faschismus gerichtet, sondern gegen uns. Die Kommunisten haben ihre Wahlerfolge, und man muss es bei dieser Not beinahe bewundern, dass sie nicht grösser sind. Aber schon bei einem Volksentscheid haben sie ihre Anhänger nicht hinter sich und nun gar erst, wenn sie von ihnen revolutionäre Entschlossenheit forderten! Nein, General Thälmann wird sein Schlachtross im Stalle lassen und nicht auf die Barrikaden reiten. (Grosse Heiterkeit und Beifall.) Aber wenn wir in Deutschland Schädlings-Prozesse durchführen könnten, dann würden die Kommunisten und ihre Helfershelfer wegen Sabotage an den Interessen des werktätigen Volkes zu schweren Strafen verurteilt werden!

Die Sozialdemokratie wird sich gegen alle Gegner behaupten, wird alle Feinde überwinden. Wir haben die Kraft und die Entschlossenheit, zum Gegenstoss überzugehen. Man hat dem Parteivorstand den sinnlosen Vorwurf gemacht, er arbeite auf eine Entpolitisierung der Partei hin. Keine Partei gibt ihren Funktionären und Mitgliedern soviel politisches Informationsmaterial wie wir, keiner hat soviel Kurse, keiner diskutiert so Wehrproblem, Koalitionsfrage und Aussenpolitik. Unter der Parole: "Wo bleibt der zweite Mann?" ist die Reserve freudig begrüsst in Reih' und Glied eingerückt. Wir müssen immer weiter werben für die Kraft, Kommunismus und Faschismus niederzuschlagen. Wir müssen prüfen, wo die Massen noch am meisten der Beeinflussung unserer Feinde unterliegen, wo wir die Mehrheit erringen können, welches die nächsten Bastionen sind, die wir stürmen. Die Front darf nicht wieder erstarren, sie muss lebendig bleiben. Die Ueberwindung der kommunistischen und faschistischen Gefahr wird ein Sieg für uns sein. Aber nur die Vorbereitung eines schönen Sieges, des Sieges unserer Ideale, des Sieges der Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Die Weiterberatung wird auf Freitag früh 8½ Uhr vertagt.

SPD. Nach der Diskussionsrede von Kleineibst-Löbau antwortete Vorsitzender Lipinski :

Ein Debatteredner auf dem Parteitag darf in keinem Zusammenhang erklären, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion habe die Agitation der national-sozialistischen Partei unterstützt. Die Sozialdemokratie hat von jeher die Behauptung von Deutschlands Alleinschuld am Kriege bekämpft. Auf dieser Unwahrheit ist die deutsche Reparationsverpflichtung begründet. Wir haben vielmehr jederzeit gegen die Reparationen gekämpft und praktisch für das deutsche Volk eine erhebliche Herabsetzung der Reparationslast erreicht. Die Sozialdemokratie hat von jeher eine gerechte Verteilung der Lasten des Krieges gefordert, die im Einklang mit der deutschen Leistungsfähigkeit steht. Wenn wir in dieser Weise das Gesamtinteresse der deutschen und der internationalen Arbeiterklasse wahrgenommen haben, dann ist es unerhört, wenn ein Parteitagsdelegierter und Wissenschaftler wie Kleineibst uns Konzessionen an den Nationalismus unterstellt, bloss um neue Vorwürfe gegen die Reichstagsfraktion zu schleudern. In der Zurückweisung dieser Entgleisung weiss ich mich mit dem gesamten Parteitag einig. (Lebhafter Beifall)

Die Reise nach Chequers.

SPD. Am Freitag treffen der Reichskanzler und der Reichsaussenminister in England ein, wo sie als persönliche Gäste des britischen Premierministers und des Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten drei Tage weilen werden. Natürlich erregt dieser Besuch in der ganzen Welt ausserordentliches Interesse, trotzdem gerade auf englischer Seite der "private" Charakter dieser "persönlichen" Einladung von vornherein stark betont worden ist. Dies geschah vor allem, um den Argwohn der Franzosen zu besänftigen und zugleich um übertriebenen, voreiligen Hoffnungen bei den Deutschen vorzubeugen. Dennoch ist man berechtigt, den bevorstehenden Zusammenkünften in London und Chequers grosse politische Bedeutung beizumessen.

Vielleicht wäre die Atmosphäre dieser Zusammenkunft noch günstiger und herzlicher, wenn zwischen dem Zeitpunkt, in dem sie zum ersten Mal angeregt wurde, und dem Zeitpunkt, wo sie mit mehrwöchiger Verspätung stattfindet, nicht der Zwischenfall mit dem Zollunionsprojekt entstanden wäre, der die englische Regierung nicht wenig verstimmt hat. Die Art des deutschen Vorgehens hat begreiflicherweise auch den Engländern missfallen, selbst solchen linksstehenden Kreisen, die an sich einen wirtschaftlichen und sogar einen politischen Zusammenschluss zwischen Deutschland und Österreich grundsätzlich für be rechtigt halten. Aber in einer Zeit, wo die britische Arbeiterregierung ihre ganze aussenpolitische Kraft auf die Vorbereitung und auf den Erfolg der kommenden Abrüstungskonferenz konzentriert, empfand sie dieses Zwischenspiel schon deshalb als unzweckmässig und bedauerlich, weil es den Nationalisten und Militaristen aller Länder einen willkommenen Vorwand bot, um gegen die Abrüstungsbestrebungen Stimmung zu machen. Wir fürchten, dass auch in Chequers ein guter Teil der Verhandlungen darauf wird verwendet werden müssen, die Lösungsmöglichkeiten für diese leidige, durch den jüngsten Genfer Ratsbeschluss nur vertagte Angelegenheit zu besprechen.

Die ursprüngliche Absicht der englischen Minister, als sie die Einladung ergehen liessen, ging wohl in der Hauptsache dahin, die Abrüstungsfrage zu besprechen. Das ergibt sich schon daraus, dass nur der Ministerpräsident MacDonald und der Aussenminister Henderson als Gesprächspartner in Aussicht genommen waren. Es hatten sich im letzten Stadium der Arbeitender vorbereitenden Abrüstungskommission schwere Meinungsverschiedenheiten ergeben. Deutschland hatte sich bei diesen Beratungen, abgesehen von der zweifelhaften Bundesgenossenschaft mit Russland und einer sehr unsicheren und nur zeitweiligen Unterstützung durch Italien, schliesslich vollkommen isoliert. Die Instruktionen der Wilhelmstrasse und noch mehr vielleicht der Bendlerstrasse an den deutschen Hauptvertreter Graf Bernstorff hatten letzten Endes noch zu einem offenen Konflikt zwischen diesem und dem englischen Delegierten Lord Robert Cecil geführt. Dieser hatte früher in manchen Differenzpunkten den deutschen Standpunkt gegenüber dem französischen unterstützt. Um aber überhaupt zu einem Ergebnis zu gelangen, das die Einberufung der Konferenz möglich machen sollte, war er schliesslich in verschiedenen Einzelfragen umgeschwenkt, während Bernstorff unnachgiebig blieb, so dass zur grössten Genugtuung der Franzosen, die Tagung der Vorkonferenz mit einem deutsch-englischen Gegensatz zu enden schien. Diese Missheiligkeiten aus der Welt zu schaffen, war und ist wohl heute noch die Absicht der englischen Staatsmänner.

Gerade in den Tagen vor der Abreise von Brüning und Curtius haben sich übrigens Zwischenfälle gehäuft, die den deutschen Unterhändlern die Möglichkeit bieten werden, die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Rüstungsungleichheit überzeugend darzulegen. Wir meinen damit dieses fortwährende Ueberfliegen deutschen Gebietes durch fremde Militärflugzeuge, das an sich ziemlich gleichgültig ist, denn bei uns gibt es nichts zu "spionieren", das aber auf die Dauer psychologisch deshalb unerträglich ist, weil eben Deutschland allein,

neben vielen anderen einseitigen Rüstungsbeschränkungen, keine Militär- und Marineflugzeuge besitzen darf. Die Stellung der deutschen Minister, die ihre englischen Kollegen von der Notwendigkeit einer wirklichen, allseitigen Abrüstung überzeugen wollen, wäre freilich noch viel günstiger, wenn nicht die geradezu verbrecherischen nationalistischen Provokationen auf dem Stahlhelmtreffen in Breslau vorangegangen wären, die den Franzosen und Polen die willkommene Gelegenheit zu einem Gegendruck auf London geboten haben. Das war wieder einmal das klassische Beispiel eines von deutschen Nationalisten geführten diplomatischen Dolchstosses in den Rücken deutscher Unterhändler.

Indessen dürfte das Abrüstungsproblem neuerdings nicht einmal mehr im Vordergrund der Gespräche von Chequers stehen. Die Entwicklung der letzten drei Monate hat es mit sich gebracht, dass die ganze Welt diese Zusammenkunft vor allem als den Auftakt für eine abermalige Aufrollung der Reparationsfrage betrachtet. Ob der erschütterte Gesundheitszustand des britischen Schatzkanzlers Snowden, der für die Besprechung dieses Fragenkomplexes eigentlich unentbehrlich ist, diesem gestatten wird, an den Verhandlungen teilzunehmen, ist noch sehr zweifelhaft. Dennoch erwartet die gesamte englische Presse, vor allem der "Daily Herald", der der Regierung am nächsten steht, dass die Frage einer baldigen Revision des Young-Planes zum eigentlichen Diskussionsgegenstand von Chequers gemacht wird.

Die Hoffnungen auf eine Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise in diesem Frühjahr haben sich nicht erfüllt. Infolgedessen ist die finanzielle und soziale Lage gerade Deutschlands kritischer denn je. Mit dem im Plan vorgesehenen Recht Deutschlands auf Verkündung eines Moratoriums ist ihm nicht gedient. Eine grosse Anleihe würde zwar im Augenblick helfen, sie ist sogar unzweifelhaft notwendig, aber eine wirkliche Lösung der Krise bringt sie nicht. Deutschland erstrebt und benötigt eine baldige Generalrevision des Reparationsproblems

Dazu ist freilich die Zustimmung aller Mitunterzeichner des Haager Abkommens erforderlich. Offizielle Beschlüsse sind daher von Chequers nicht zu erwarten. Wohl aber können die dortigen Besprechungen als Auftakt für eine Neuregelung des Problems dienen. Es wird die Aufgabe von Brüning und Curtius sein, ihre britischen Partner für diese Idee zu gewinnen. Die Aussichten dafür sind nicht ungünstig, obwohl auch England schwer unter der Wirtschaftskrise leidet und einem Riesendefizit gegenübersteht. Indessen wächst in England die Erkenntnis, dass sich die Dinge in Deutschland gefährlich zugespitzt haben und dass eine solidarische internationale Aktion erfolgen muss, wenn man die gefährlichsten Erschütterungen auf dem Kontinent vermeiden will. Freilich ist es dazu notwendig, die grundsätzliche Zustimmung Frankreichs und noch mehr der Vereinigten Staaten zu gewinnen. Hier kann England eine hervorragende Anwalts- und Mittlerrolle erfüllen, die um so wichtiger sein wird, als es selbst zugleich Gläubiger Frankreichs, Italiens und Deutschlands und Schuldner Amerikas ist.

Mehr als eine erste geistige und diplomatische Vorbereitung der Revision des Young-Planes ist aus den Besprechungen dieser Tage, die, wie gesagt, keinen "offiziellen" Charakter tragen, nicht zu erhoffen. Dennoch dürfte dieser persönliche Kontakt von grosstem Nutzen sein und man darf wohl hoffen, dass er das Vorspiel bilden wird für einen weiteren Fortschritt auf dem Wege zur Liquidierung der Vergangenheit.

SPD. Das nationalsozialistische Blatt in Berlin "Der Angriff" ist auf vier Wochen verboten worden.

Glossen

ERSCHEINT NACHBEDARF

Die Familienangelegenheit.

SPD. Die Ohrfeige für Toscanini hat die Schande des faschistischen Systems der ganzen Welt aufgezeigt. Der Faschismus hat jedoch nicht nur allen Sinn für kulturelle Würde, sondern dazu auch alle Scham verloren. Die in Bozen erscheinende faschistische "Alpenzeitung" bespricht den Fall Toscanini in folgenden Ausführungen:

"Die ausländische Presse hat sich gierig auf den Fall Toscanini gestürzt, weil sie gegenwärtig nichts Gescheiteres zu tun weiss. Was soll denn das heißen? Sollten wir uns nicht einmal die Freiheit nehmen dürfen, unter uns, sozusagen in Familie, uns zu ohrfeigen? In Spanien ermordet man Priester und Nonnen, in Deutschland spielen die Nationalsozialisten und Kommunisten hübsche kleine Spielchen, in anderen Ländern geschieht, was eben geschieht. Die ausländische Presse befasst sich eingehend mit einigen Ohrfeigen, die einem Kapellmeister verabreicht wurden. Das Schöne daran ist, dass die Auslandsjournalisten wieder einmal glauben, ein Argument gefunden zu haben, um zwei Monate lang über den Faschismus schimpfen zu können. Uns lässt das ganze Geschwätz völlig kalt".

Der "eine Kapellmeister" war eben Toscanini und von Toscanini wird man noch reden, wenn die "Alpenzeitung" längst entschlafen sein wird. Was im übrigen die faschistische Familie anlangt, in der man sich untereinander ohrfeigt, so kann man dazu nur das eine sagen "wirklich feine Familie!"

Parademarsch.

Die pensionierten Offiziere in der Nationalsozialistischen Partei haben einen ungeheuren Tatendrang. Da sie ihn nicht mehr auf dem Kasernenhof ausleben können, betätigen sie ihn bei der SA. In einem Gaubefehl des Gauführers S C in Breslau findet man die folgende Vorschrift:

"Beim Marsch in Gruppen und Kolonnen wird die linke Hand am Koppelschloss gehalten, die rechte wird frei bewegt. Auf das Kommando "Halt" geht die linke Hand an die Hosennaht. Beim Vorbeimarsch am Staf und einem höheren Saf gibt der Sturmführer das Kommando. Wo der Saf rechts steht: beim Auftreten des rechten Fusses "Achtung", beim nächsten Auftreten des rechten Fusses "Augen", beim nächsten Auftreten des rechten Fusses "rechts". Der Sturmführer hebt allein die rechte Hand, während der Verband im Gleichschritt, nicht im Paradeschritt, mit der linken Hand am Koppelschloss, die rechte Hand frei bewegt, vorbeimarschiert, bis das Kommando "Rührt Euch" kommt. Nach diesem Kommando werden die Augen geradeaus gerichtet. Es ist beim Vorbeimarsch ganz besonders auf eine tadellose Richtung und Vordermann zu achten. Alle diese Märsche sind nicht als Parademärsche im Sinne einer Führung zu werten, sondern einzig und allein als Besichtigung im Masstabe nach dem werte des Verbandes."

Welch eine Wonne für die Herrenehemaligenoffiziere, wenn sie wieder eine Kolonne mit "Augen rechts" an sich vorbeimarschieren sehen können!

Vorwärts mit dem Stuhl!

Der bisherige Gauleiter der Nationalsozialistischen Partei in Köln, Robert

Ley, ist von Hitler abberufen worden. Er hat seinen Getreuen eine Abschiedsrede gehalten, aus der der "Westdeutsche Beobachter" die folgende Stelle wiedergibt:

"Kameraden! Wir haben gekämpft und ich denke an die Mosel und an Zell! Und vor mir sehr ich unseren Pg. Simon mit einem Stuhl vorwärtsstürmen und der Versammlung zurufend: "Bürger von Zell! Wenn Ihr wollt, dass der Jude herrsche, dann helft ihm. Wenn Ihr das aber nicht wollt, mir nach!"

Der Stuhl ist also, wie hier eingestanden wird, das hervorragendste Versammlungsargument der Nationalsozialistischen Partei. Wie wäre es aber, wenn die Staatsanwaltschaft sich für diesen Stuhl und den, der ihn geschwungen hat, interessieren würde, nachdem hier ein Delikt ganz offenkundig und einwandfrei eingestanden worden ist?

Nationalsozialisten als Expropriateure.

Der Westmark=Verlag G.m.b.H., der mit einer Akzidenz- und Lohndruckerei verbunden ist, ein nationalsozialistisches Unternehmen im Rheinland, das bisher die inzwischen eingegangene Parteizeitung der Nationalsozialisten in Koblenz herausgab, ist in Konkurs gegangen. Dabei sind zunächst zwölf Buchdrucker um ihren Lohn geprellt worden. Aber nicht nur die Buchdrucker, sondern eine Reihe von kleinen Geschäftsleuten, Handwerkern und Lieferanten in Koblenz, Köln und anderen rheinischen Orten. Diesen Lieferanten bietet jetzt die Firma eine Konkursquote von 33 1/3 Prozent an. Noch lieber wäre ihr nach berühmtem Muster ein Moratorium von fünf Jahren.

Da haben wir also eine ganz richtiggehende Enteignung von kleinen Geschäftsleuten, Handwerkern und Lieferanten. Zwei Drittel ihrer Forderungen sollen sie glatt in den Schornstein schreiben. Damit sie nicht auf den Gedanken kommen, dass Herr Hitler aus seinem Millionenfonds ihnen helfen könnte - es brauchten wahrscheinlich nur einige Verzierungen am Braunen Haus in München weniger angebracht zu werden, um die Schulden des Westmark=Verlages bei den geschädigten kleinen Leuten zu decken - wird den Gläubigern des Westmark=Verlages kühl mitgeteilt:

"Mit der NSDAP haben die Unternehmungen nicht das Geringste zu tun, sodass jede Annahme, die Partei würde für die Verbindlichkeiten einspringen, völlig irrig ist".

Das ist eine saubere Methode! Im Hinblick auf die Finanzkraft der Nationalsozialistischen Partei, die von der Schwerindustrie Millionensubventionen erhält, haben die kleinen Leute Kredite gegeben. Wenn die Industriefürsten Millionen zahlen, müssen die Kredite der kleinen Leute doch sicher sein!

Die kleinen Leute in Koblenz, Köln und anderen rheinischen Orten haben dem nationalsozialistischen Unternehmen Kredit gewährt im guten Glauben an die Nationalsozialistische Partei. Die aber schlägt sich nun seitwärts in die Büsche und lässt die ausgeplünderten Handwerker und Lieferanten hilflos am Wege liegen. Vielleicht erzählt den Geschädigten nun ein nationalsozialistischer Agitator als Ersatz für ihre in den Schornstein geschriebenen Forderungen: "der Jude ist Schuld!" Wir nehmen aber an, dass die Betrogenen nunmehr selber wissen werden, wo in Wahrheit "der Jude" zu finden ist.

Aus aller Welt

1½ 000 000 000 cbm Wasserverbrauch!

Der Durst von 60 Millionen - Wieviel Wasser trinkt der Mensch? - Bochum verbraucht am meisten - 30 000 Kilometer Wasserrohr durchziehen Deutschlands Städte.

SPD. Anlässlich des Stratosphärenfluges von Professor Piccard berichteten die Zeitungen: Neben andern Schwierigkeiten seien die beiden kühnen Forscher auch masslosen Qualen des Durstes ausgesetzt gewesen, und der Mangel an Trinkwasser habe sie schliesslich dazu getrieben, die kühlen Wände der Metallgondel buchstäblich abzulecken, um in dieser Weise ihren Durst zu stillen. Diese Mitteilungen erhöhen nicht nur die Bewunderung einer mutigen Tat, sie illustrieren daneben auch ein wenig die wichtige Rolle, die das Wasser im Leben des Menschen spielt. Denn nicht nur in so gewaltigen Höhen, auch auf der Erde selber und in weniger aussergewöhnlichen Umständen, vermag Wassermangel den Menschen empfindlich zu treffen. Keine sommerliche Hitzewelle zieht über Deutschland, ohne dass nicht Alarmmeldungen über Wassermangel in einzelnen Gegenden ihren Weg bezeichnen. Und nicht nur Einzelnen, sondern auch der Bevölkerung ganzer Landstriche kann das Fehlen dieses lebenswichtigen Elementes verhängnisvoll werden. Das Problem der zureichenden Wasserversorgung gewinnt deshalb in den kommenden Sommermonaten bei dem mit ihnen verbundenen Mehrverbrauch aller Konsumenten weittragende Bedeutung.

Wieviel Wasser braucht der Mensch? Die Aerzte sind übereinstimmend der Meinung, dass er mit etwa anderthalb Litern am Tage auskommt. Auch das Kind - eine Tatsache, die nicht allen Eltern bekannt ist - benötigt die gleiche Gesamtwassermenge von anderthalb Litern. Die Unkenntnis dieser wichtigen Tatsache seitens der Eltern kann bei dem Kinde leicht zu einer sogenannten "Wasserunterernährung" führen, die nicht unbedenkliche Krankheitserscheinungen im Gefolge hat. Diese normale Höhe der Wasserzufuhr wird natürlich in der heissen Jahreszeit gewaltig überschritten - und darüber hinaus brauchen wir das Wasser ja nicht nur zum Trinken, sondern auch zum Kochen - Waschen - Baden, von dem industriellen Wasserverbrauch ganz abgesehen. Wenn die Sommerglut die Mauern unserer Städte erhitzt und austrocknet, wenn die heisse Mittagluft in den staubigen Strassen flimmert und die Millionen der Werktätigen oft in schlechtventilierten Fabriksälen und Werkräumen vor Hitze stöhnend an den Maschinen stehen - dann ist Wasser die einzige Linderung für die gequälte Menschheit der grossen Städte und es ist kein Wunder, dass an solchen Tagen beispielsweise der Berliner etwa 320 Liter verbraucht.

Die Statistiker haben berechnet, dass die Deutschen nicht mit dem Wasser knausern, und sie sind stolz darauf, dass in vielen deutschen Haushalten bis zu 1 000 Kubikmeter Wasser im Jahre verbraucht werden; auf den Kopf der Bevölkerung kommen durchschnittlich 62 000 Liter jährlicher Wasserverbrauch. Das sind imponierende Zahlen, aber die 92 grossen deutschen Wasserwerke, die die Statistik erfasste, werden ihrer Aufgabe gerecht. Sie pumpen aus ihren 321 Wassergewinnungsanlagen alljährlich nicht weniger als anderthalb Milliarden Kubikmeter Wasser in das Leitungsnetz der deutschen Städte mit ihren 23 000 000 Einwohnern. Um sich einen Begriff von dieser ungeheuerlichen Wassermenge zu machen, genügt die Vorstellung, dass man mit ihr das riesige Staubecken des Walchensee-Kraftwerkes in Oberbayern 20mal auffüllen kann - oder, dass es länger als zwei volle Tage dauern würde, ehe der letzte Tropfen die Wasserfälle

des Niagara, an denen sich in jeder Stunde 30 000 000 Kubikmeter Wasser hinuntergiessen, passiert hätte.

Von allen deutschen Städten hat natürlich Berlin den absolut grössten Wasserverbrauch. Die 14 Berliner Wasserwerke fördern eine Wassermenge von 188 Millionen Kubikmetern im Jahre; dazu kommen noch industrielle und gewerbliche Anlagen mit einer Gesamtfördermenge von 35 - 40 Millionen Kubikmetern. Ungeheuer ist der Wasserkonsum der 4 1/2 Millionen-Stadt. Allein während eines einzigen heissen Sommertages wurden in Berlin 808 000 cbm Wasser verbraucht - der Durst von 4 1/2 Millionen! das ist der höchste Wasserverbrauch von ganz Deutschland - den niedrigsten findet man in Oldenburg, dessen 52 000 Einwohner sich mit 3 000 cbm begnügen. Diese Menge aber wäre für Berlin buchstäblich nur ein Tropfen auf den heissen Stein, denn über 7 000 Kubikmeter Wasser schleudern allein die Sprengwagen an einem Tage auf den heissen Asphalt und die Kehr- und Waschmaschinen der Strassenreinigung, die ihnen folgen, verbrauchen täglich gut ihre 2 000 cbm Wasser, Etwa 20 000 Kubikmeter werden in den städtischen Anlagen verbraucht und eine ähnlich grosse Menge wird tagtäglich für Feuerlöschwerke und zu Kanalspülung benötigt. Aber mit diesem Riesenverbrauch begnügten sich die Berliner noch nicht. Sie ziehen, in der einen Hand die traditionelle Eiswaffeln, in der andern das Badelaken schwingend, hinaus zu ihren Seen und lassen sich, wie die Statistiker triumphierend in ihrem sonderbaren Fachdeutsch melden, über 5 000 000 Schwimmbäder "verabfolgen". Dann erst werden sie überdrüssig des nassen Elementes.

Und trotz dieser fanatischen Liebe zum Wasser hat Berlin einen relativ niedrigen Wasserverbrauch. Die 1 105 887 Wassermesser die das 30 000 Kilometer lange Rohrnetz der deutschen Städte kontrollieren, reden eine andere Sprache und registrieren peinlich das Wasserbedürfnis einer jeden Stadt. Das niedrigste hat nach ihrer Aussage Königsberg, denn jeder Königsberger entnimmt jährlich nur 34,8 cbm der Wasserleitung. Ebenso scheinen die Breslauer wenigstens was das Wasser anbelangt, recht sparsame Naturen zu sein, sie begnügen sich mit 36,9 cbm. Auch die Leipziger gehen recht vorsichtig mit ihrer Pleisse um, sie bringen es aber doch schon auf 43,6 cbm, die Berliner auf 54,1 - die Hamburger auf 61,9. Den grössten Wasserkonsum unter allen deutschen Städten hat Bochum mit einem Jahresverbrauch von 152 Kubikmetern, aber wer diese vom Russ der Hochöfen und Stahlwerke geschwärzte Bergarbeiterstadt kennt, weiss, welcher aussichtslose Kampf hier mit Hilfe des Wassers gegen den Kohlenstaub der Zechen geführt wird.

Damit erschöpft sich aber nicht die Bedeutung des Wassers im Haushalt eines Volkes. Millionen von Kubikmetern Wasser fliessen Tag für Tag über die Staudämme der deutschen Talsperren und treiben die Schaufelräder der Turbinen und ihr Kraft wandert in den Drähten der Hochspannungsleitungen durch das ganze Land. Millionen Kubikmeter fliessen in die Dampfkessel und lassen sich zu Energie und Arbeit umwandeln, unermüdlich, ohne Ende - .

P.

+ + +
"Oh Fräulein Grete - -"

Genialer Gaunerstreich eines ehemaligen Bäckergesellen - Baron von Alten macht ums Haar sein Glück - Das Ende vom Liebeslied.

SPD. In Berlin wurde unter ungewöhnlichen Umständen ein Hochstapler entlarvt und verhaftet, der sich zwar "Baron Edgar von Alten, Kammerherr des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preussen" nannte und mit dieser Behauptung und anderen leisen Uebertreibungen glänzend zu leben verstand, in Wirklichkeit aber nur ein simpler Bäckergeselle namens Otto Laake aus Danzig ist. Laake war einige Jahre als Diener im Schloss des Prinzen Wilhelm von Preussen angestellt wo er sich als offenbar sehr gelehriger Schüler gezeigt hatte. Denn Fräulein Grete, die Erbin eines Berliner Sportverlages, hielt seinen vornehmen Herrn,

den sie auf einer grösseren Gesellschaft kennen lernte, als jenen echten Baron von Alten, als der er sich vorstellte. Fräulein Grete entflammte in heller Liebe, Herr von Alten in neuen Erzählungen: Fräulein Grete zuliebe, mit der er sich verlobte, wollte er sogar seine grossen Güter bei Rostock verkaufen, um seine ganze Arbeitskraft dem grossen Sportverlag der Braut zur Verfügung zu stellen. Als der Bäcker-Baron eines Tages "in finanzielle Schwierigkeiten" geraten war, erhielt er von der Familie des Fräulein F., die ihn mit offenen Armen aufgenommen hatte, einen Kredit von über 100 000 Mark, nachdem er bereits mit einem Auto im Werte von mehr als 40 000 Mark beschenkt worden war. Die Hochzeit war bereits bis ins kleinste geregelt, wenigstens theoretisch. Sechspännig sollte die Hochzeitskutsche fahren, vierspännig die der Angehörigen...

Stattdessen gings nun leider nicht einmal zweispännig, sondern in der motorisierten Grünen Minna ins Gefängnis. Denn dass der Baron nur ein Bäcker, der feine Bräutigam ein Schwindler war, das kam dank der Vorsicht eines Prokuristen des Sportverlags des Fräulein Grete noch in letzter Minute ans Tageslicht. Herr von Alten, der bereits mit der gesamten Geschäftsführung betraut war, sollte die Generalvollmacht für das Unternehmen erhalten. Man war schon beim Anwalt; die Feder schon der Tinte - als gemeinsam mit dem Prokuristen ein Detektiv das Zimmer betrat, der mit näheren Ermittlungen beauftragt worden war. Und diese Ermittlungen hatten das bunte, allerdings durch mehrere Betrugsvorstrafen erheblich verdunkelte Vorleben des ehemaligen Bäckergesellen und Kammerdieners Otto Laake klargestellt. Vor der "Braut" leugnete Laake hartnäckig, aber auf dem Polizeipräsidium bequeme er sich zu einem Geständnis.

+ + +
Paul Ritzau verhaftet. In der Affäre der in Konkurs geratenen Deutschen Autoversicherungs-Aktiengesellschaft Stuttgart ist jetzt neben dem Hauptschuldigen, Dr. Otto Rau-Ritzau, auch dessen Bruder Paul Brenken-Ritzau, verhaftet worden. Paul Ritzau bestreitet an dem Zusammenbruch der Stuttgarter Autoversicherungs A.G. jede Schuld.

+ + +
Uralzeffs "Testament". Im Dresdener Uralzeff-Prozess kam am Donnerstag das Testament zur Sprache, auf dessen Anfertigung Uralzeffs Dresdener Gläubiger gedrängt hatten. Sie hatten Angst um Uralzeffs Leben, weil er so bedenklich viel im Auto spazieren fuhr... In diesem Testament, das der Angeklagte Uralzeff als "geradezu erpresst" bezeichnet, sicherte sich jeder der Gläubiger seinen Teil. Die Ehre, der Vater der seltsamen Idee zu sein, nimmt der nationalsozialistische Angeklagte Bedenk für sich in Anspruch. Uralzeff hält diese Vaterschaft nicht für wahrscheinlich. Er meint, wie er Bedenk kennt, hätte der sich dann auch bedacht... In der Nachmittagssitzung kamen die seltsamen Geldgeschäfte des Dresdener Rechtsanwalts Dr. Türk zur Besprechung.

+ + +
Kindesmord. In Berlin-Lichtenberg erdrosselte die 34 jährige Frau des Weichenstellers Poske ihren zehn Jahre alten Stiefsohn. Die Mörderin, die das Verbrechen seit längerer Zeit vorbereitet zu haben scheint, ist flüchtig. Die Motive der furchtbaren Tat sind noch nicht klar. Eheliche Zerwürfnisse dürften eine bestimmende Rolle gespielt haben.

+ + +
Wie hoch war Piccard? Professor Piccard und sein Assistent Dr. Kipfer sind von Zürich aus, wo sie am Mittwoch eintrafen, und von Tausenden begeistert begrüsst wurden, am Donnerstag nach Brüssel weitergereist. Die Fahrt nach Zürich hatten Piccard und Kipfer im Flugzeug zurückgelegt: der bekannte Schweizer Flieger Mittelholzer hatte beide von Augsburg abgeholt. Auf einem nächtlichen Bankett, an dem u.a. auch die Angehörigen von Piccard und Kipfer teilnahmen, machte Professor Piccard die sensationelle Mitteilung, dass die mitgenommenen zwei Barographen anscheinend nicht einwandfrei funktioniert haben, sodass vielleicht offiziell nur die Erreichung einer Höhe von 13 bis 14 000 Metern anerkannt werden wird. Am Quecksilberbarometer habe er jedoch 16 000 Meter zuverlässig abgelesen.

Ein feiner Nazi. Zu sechs Monaten Gefängnis wurde vom Schöffengericht in Minden der Vertreter Karl Obermeyer verurteilt, der noch jüngst als Stadtverordneten-kandidat der Nationalsozialisten fungierte. Trotz eines Monatseinkommens von 400 Mark brachte es Obermeyer fertig, arme Bausparer um grosse Summen zu betrügen.

+ + +

Die ewige Zündkerze. Der Wiener Ingenieur Dr. Ringer hat eine "ewige Zündkerze" erfunden und zum Patent angemeldet. Sollte sich die Erfindung bewähren, so dürften Automobil- und Flugzeugindustrie grössten Nutzen von ihr haben.

+ + +

Opfer der Arbeit. Bei Kanalisationsarbeiten in einem vier Meter tiefen Schacht in Aeloskarleby bei Gjävle (Mittelschweden) wurden drei Arbeiter durch ungenügend abgedichtete Seitenwände verschüttet und getötet.

+ + +

Jack Diamond vor Gericht. Am kommenden Montag wird sich der amerikanische Alkoholschieber Jack Diamond wegen Entführung seiner 19jährigen Freundin Marion Roberts, genannt die Rote Kiki, vor Gericht zu verantworten haben. Angeblich soll "Kiki" anstelle Jack Diamonds den Oberbefehl über seine Bande übernommen haben. Zahllose Polizisten fahnden nach ihr.

+ + +

Explosionskatastrophe. In einer chemischen Fabrik in Staffordshire (England) explodierte ein Benzintank mit über 200 000 Gallonen Inhalt. Ein Chemiker verunglückte tödlich, zwei weitere erlitten schwere Verletzungen.

+ + +

Sensationeller Giftmordprozess. Vor dem Schwurgericht in Montpellier (Frankreich) begann unter grossem Andrang der Bevölkerung ein sensationeller Prozess, dessen Voruntersuchung in ganz Frankreich mit leidenschaftlichem Interesse verfolgt worden war. Es handelt sich um das Verfahren gegen den Zahnarzt Dr. Laget aus Béziers, der angeklagt ist, die beiden Frauen, mit denen er nacheinander verheiratet war, mit Arsenik vergiftet und an seiner eigenen Schwester das gleiche Verbrechen versucht zu haben. Die Anklage ging von der Schwester aus, die durch das Einnehmen des Giftes körperlich verunstaltet und schwachsinnig geworden ist. Sie behauptet, dass ihr Bruder den Vergiftungsversuch an ihr unternommen habe, um eine von ihr geborgte Summe von 100 000 Francs nicht zurückzahlen zu müssen. Dr. Laget hat in der Voruntersuchung die ihm zur Last gelegten Verbrechen energisch geleugnet, obgleich seine Mutter selbst Verdacht gegen ihn hegt und obgleich die gerichtsärztliche Untersuchung der Schwester und der Leichen seiner beiden Frauen ergeben hat, dass allen drei Personen starke Arsenikdosen verabreicht worden sind. In bezug auf seine Schwester beschuldigt er sogar seine Mutter der Ausführung der Tat, während er auf die Fragen des Untersuchungsrichters, wer seine beiden Frauen vergiftet habe, stets antwortet, er wisse das nicht. In der jetzigen Verhandlung beteuert der Angeklagte weiter seine Unschuld, aber doch nur mit ziemlich schwachen Argumenten. Der Prozess wird mindestens 8 Tage dauern, da von der Verteidigung und der Zivilpartei 70 Zeugen zitiert worden sind.

+ + +

Im Segelboot nach der Südsee. Der französische Weltumsegler Alain Gerbault, der mit einem Segelboot in zwei Jahren die Welt umfuhr, wird mit einem neuen Schiff, das dieser Tage vom Minister der Handelsmarine auf den Namen "Die weisse Tochter der Sonne" getauft wurde, eine Reise nach der Südsee antreten. Das Boot ist 10,20 Meter lang, 3 Meter breit und besitzt einen Tiefgang von 1,83 Meter.

+ + +

120 facher Menschenretter. In Cuxhaven verstarb der Leuchtturmwärter Klaus Hinrich Ringhoff, der im Laufe seiner 40jährigen Dienstzeit etwa 120 Menschen das Leben rettete.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Jugend in Not.

Selbsthilfe ist erforderlich.

SPD. Aus verschiedenen Teilen des Reichs werden wieder Erwerbslosen-
krawalle gemeldet. Besonders bedrohlich häufen sich diese Krawalle im Ruhr=
gebiet, wo wie in Bochum, Essen, Hamborn, Duisburg und Wanne-Eickel schwe=
re Angriffe auf die Polizei erfolgten, Barrikaden gebaut und Geschäfts=
häuser demoliert wurden. Die Krawalle sind von den Kommunisten organisiert.
Deren Wühlarbeit, die keinem Arbeitslosen ein Stück Brot einbringt, wohl
aber manchem das Leben kostet, wäre erfolglos, wenn nicht vor allem in
den jugendlichen Arbeitslosen genügend Rekruten die Organisation von
Strassenkrawallen zur Verfügung ständen. Die Not der jugendlichen Arbeits-
losen ist allmählich zu einem sehr ernstesten Explosionsherd geworden. Eine
Eindämmung seiner Gefahren ist unbedingt erforderlich. Ueber die Möglich=
keiten einer solchen Eindämmung wird uns aus Bergarbeiterkreisen des Ruhr-
gebiets geschrieben:

Die Wirtschaftskrise lastet schwer auf dem deutschen Volk. Fast alle
Berufs- und Altersschichten sind von ihr betroffen. Aber wohl kaum eine Schicht
wird so sehr in Mitleidenschaft gezogen wie die Jugend. Sie, die noch suchend
und tastend den Weg ins Leben nimmt, verliert durch den Fortfall der dem Le=
ben Inhalt gebenden Arbeit die finanzielle und moralische Basis. Die Dauerar=
beitslosigkeit bringt Hoffnungslosigkeit, und diese birgt den Keim schwerster
Schäden, die in erster Linie der Jugend selbst drohen, die sich aber auch un=
heilbringend für die Gesellschaft und den Staat auswirken müssen. Die Krise
dauert unvermindert an. Die Verwahrlosung der Jugend steigert sich nicht ins
Unermessliche. Selbsthilfe ist dringend erforderlich.

Wohl sind in den letzten Monaten behördlicherseits verschiedene Richtli=
nien zur Betreuung der erwerbslosen Jugend herausgegeben worden. Es kam jedoch
in den meisten Fällen nicht zu ihrer Durchführung, weil die Mittel zur Finan=
zierung der in den Richtlinien angedeuteten Massnahmen fehlten. In den wenig=
sten Fällen konnte auf diesem Wege positive Arbeit geleistet werden. In frühe=
ren Jahren, wo die Pflege der Jugend nicht so nötig war wie gerade heute, konn=
te ein bedeutendes Mehr an Barmitteln flüssig gemacht werden. Wir können und
dürfen aber nicht zusehen, wie unsere Jugend seelisch und sittlich zugrunde=
geht und darum haben wir - die in Arbeit Stehenden - die Pflicht, nichts un=
versucht zu lassen, um unseren jungen Arbeitsbrüdern zu helfen und ihnen soli=
darisch die Hand zu reichen, damit sie über diese Krise hinwegkommen. So wie
jeder Vater die moralische Pflicht und sittliche Pflicht hat, seinem Kinde in
der Notzeit beizustehen, so haben auch die Älteren in der Gewerkschaft und
in der Partei die Pflicht, ihren jungen Mitstreitern in dieser Notzeit zu hel=
fen - ganz davon abgesehen, dass die Selbsterhaltung dieser Organisation eine
Pflege des Nachwuchses erfordert.

Wie bewerkstelligen wir nun diese Betreuung? Darauf wäre zu antworten:
Indem wir die Jugendlichen dem verderblichen Einfluss der Strasse entziehen,
sie in kleineren Zirkeln zusammenfassen und in unserem Sinne bilden. In diesem
Zusammenhange muss betont werden, dass die Jugend des Proletariats heute leider
viel zu wenig mit den wirtschaftlichen und soziologischen Realitäten bekannt
gemacht wird. Hier ist viel nachzuholen. Notwendig wäre zunächst, dass man ört=
lich

licherseits Ausschüsse ins Leben ruft, die sich speziell mit der Betreuung der jugendlichen Erwerbslosen befassen. Diese Ausschüsse hätten Kurse zu organisieren. Damit das Interesse für eine längere Zeit wachgehalten wird, erscheint es ratsam, dass für die Dauer der Betreuung die Zeit von 3 - 4 Stunden täglich nicht überschritten wird. Bei der Auswahl des Unterhaltungsstoffes kann man nicht nach einem Schema vorgehen. Das zu behandelnde Material muss ganz den örtlichen Verhältnissen und der Zusammensetzung der Teilnehmer angepasst werden. Eines darf man jedoch nicht in den Hintergrund drängen: wirklich aufklärende, den Geist der Zeit erläuternde Vorträge.

Zur Durchführung solcher Massnahmen gehört natürlich eine finanzielle Unterlage, sei es auch nur, um den Teilnehmern ein Taschengeld von 50 Pfg. zu gewähren. Die Beschaffung der Mittel ist gewiss nicht leicht, allein auch hier wird sich bei etwas gutem Willen ein Weg finden lassen. Sollten von den für die Jugendpflege verantwortlichen Stellen in den Kommunen keine Gelder zur Verfügung gestellt werden, dann wäre immer noch der Weg der Selbstfinanzierung durch eine Umlage bei den in Arbeit stehenden Klassengenossen da. Schon die einmalige Gewährung einer Beihilfe von 10 Pfg. je beschäftigtes Verbands- oder Parteimitglied würde für eine Betreuung der örtlichen Jungerwerbslosen wenigstens einen Anfang gewährleisten.

In dieser wirtschaftlich schweren Zeit hat die Arbeiterschaft mit jedem Pfennig zu rechnen. Trotzdem wäre ein solcher Akt der Solidarität möglich. Jedenfalls würde er reiche Zinsen tragen. Er würde unseren Arbeitslosen zeigen, dass sie nicht verlassen sind, dass wohl die Unternehmer ihnen ihre Existenz geraubt haben, ihre Arbeitsbrüder aber mit ihnen fühlen und denken. Ein grosser Teil von denen, die jetzt in ihrer Not dem Terror in die Arme getrieben werden, würde wieder einen Halt bekommen. Auch würde dann die grosse Hoffnung der Unternehmer, die Armee der Arbeitslosen zum Sturm gegen die Arbeitenden, die Gewerkschaften und die Partei anzusetzen, umso eher in nichts zerstioben. Mögen darum alle für die Arbeitnehmerbewegung verantwortlichen Personen sich der grossen Bedeutung einer Betreuung der jugendlichen Arbeitslosen bewusst werden und in Kürze eine weitgehende Tätigkeit in dieser Hinsicht entfalten! Dann wäre damit ein weiterer Schritt dazu getan, der zum Sozialismus-hinstrebenden Arbeiterbewegung über die fürchterliche Krise und ihre Gefahren hinwegzuhelfen.

SPD. In dem Lohnstreit in der sächsischen Metallindustrie wurde nach langen Verhandlungen von der Schlichterkammer gegen die Stimmen der Gewerkschaftsvertreter ein Schiedsspruch gefällt, der einen neuen Lohnabbau für die Metallarbeiter bringt. Die Ausgangsziffer für die Zeitlohnarbeiter wird im Spruch von 78 auf 76 und die für Akkordarbeiter von 77 auf 75 Pfg. herabgesetzt. Für den Bezirk Bautzen sind die Ausgangsziffern 2 Pfg. niedriger. Diese Regelung soll mit einmonatiger Frist erstmalig am 30. November gekündigt werden.

Es ist bestimmt damit zu rechnen, dass die Arbeiter den Schiedsspruch ablehnen werden.

SPD. In Aachen sind etwa 1 600 Wohlfahrtserwerbslose, die von der Stadtverwaltung aus der Wohlfahrtsfürsorge herausgenommen und in Tiefbauarbeiten auf städtischem Gelände beschäftigt wurden, in Streik getreten, weil die Stadt ihren Stundenlohn von 83 auf 74 Pfennig gekürzt hat, gemäss dem Tarif für Tiefbauarbeiter. Die Drohung der Stadtverwaltung, die der Arbeit fernbleibenden Wohlfahrtsarbeiter würden fristlos entlassen und auch später keine Unterstützung mehr erhalten, hat bis jetzt nichts gefruchtet. Infolgedessen werden am Freitag keine Gelder an sie ausbezahlt.

Die Streikenden veranstalten öffentliche Versammlungen und Umzüge. Zu Unruhen ist es bisher noch nicht gekommen, trotzdem die Polizei verschiedene Zusammenrottungen auseinandertreiben musste.

SPD. Der Bundesvorstand des Allgemeinen Beamtenbundes hat mit äusserstem Befremden davon Kenntnis genommen, dass die Reichsregierung zur Deckung des Defizits der öffentlichen Finanzen wiederum die Kürzung der Beamtengehälter in Aussicht genommen hat. Er betont: Die Erfahrung habe gezeigt, dass Lohn- und Gehaltsabbau infolge Senkung der Massenkaukraft nur geeignet seien, den Schrumpfungsprozess der Wirtschaft zu verstärken und den Steuerrückgang zu vermehren. Infolgedessen könne auch die neuerdings beabsichtigte Senkung der Beamtengehälter weder der Gesundung der öffentlichen Finanzen, noch der Ankurbelung der Wirtschaft dienen. Wenn zur Versorgung der Arbeitslosen weitere Mittel erforderlich seien, so müssten sie auf dem ordentlichen Wege der Besteuerung aller Leistungsfähigen aufgebracht werden. Auch die Beamtenschaft sei stets bereit gewesen, zu ihrem Teil an der Aufbringung dieser Lasten teilzunehmen. Sie lehne aber nach wie vor die Sonderbesteuerung ab.

Der Bundesvorstand des ADB unterstreicht aus diesen Gründen nochmals ausdrücklich den Standpunkt der Beamten-Vertreter in den Verhandlungen mit dem Reichskanzler und erklärt unter Ablehnung der Gehaltskürzung, dass die zur Steuerung der allgemeinen Not der Erwerbslosen erforderlichen Mittel durch eine allgemeine Krisensteuer, in die auch die Beamten einbezogen werden, aufgebracht werden müssen. Hierdurch würde auch die ungeheuerliche Ungerechtigkeit vermieden werden, die in dem von der Reichsregierung anscheinend vorgesehenen Plan, eine Kürzung des ersten Kinderzuschlags vorzunehmen, liege.

SPD. Der durch Schiedsspruch vom 1. April festgesetzte Lohntarif für das Aachener Steinkohlengebiet ist von den Arbeitgebern zum 30. Juni gekündigt worden. Die Aussichten für eine Verständigung sind bis jetzt noch sehr gering.

SPD. Der Internationale Mieterbund hat auf einer in Verbindung mit dem Internationalen Wohnungskongress in Berlin stattgefundenen Tagung zu den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Wohnungsfrage Stellung genommen.

Die wirtschaftliche Notlage fordere gebieterisch, die gesetzlichen Bestimmungen zur Niedrighaltung des Mietzinses nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern noch weiter auszugestalten.

Der auf privatwirtschaftliche Rentabilität eingestellte Wohnungsbau habe besonders für Kleinwohnungen, wie sie die Masse der Bevölkerung brauche, ver sagt. Auch die Selbsthilfe-Organisationen hätten trotz aller Anstrengungen bisher noch nicht vermocht, den notwendigen Bedarf zu decken. Es ergebe sich deshalb zwingender denn je die Pflicht für die Allgemeinheit, besonders die Wohnungserstellung für den Kreis der Minderbemittelten planmässig zu fördern. Ein kommen und Miete müssten in ein erträgliches Verhältnis zueinander gebracht werden.



Genossenschaftstag in Magdeburg.

(Von Vollrath Klepzig, Zentralverband deutscher Konsumvereine)

SPD. Am Sonntag beginnt in Magdeburg der 23. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. In Magdeburg wird das Parlament der Konsumgenossenschaften Zeugnis geben von der im Dienst der deutschen Verbraucher geleisteten Arbeit des letzten Jahres. Zugleich werden aber auch den Konsumgenossenschaften die Wege gewiesen werden, die zur Erhaltung und zum Ausbau der bisherigen konsumgenossenschaftlichen Errungenschaften führen.

Die Tagung fällt in eine Notzeit, wie sie die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten (abgesehen vielleicht von der Währungsvernichtung im Jahre 1923) nicht durchgemacht hat. In der konsumgenossenschaftlichen Entwicklung des Jahres 1930 kommen die Auswirkungen des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges erfreulicherweise nur wenig zum Ausdruck. Ein paar Zahlen mögen die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes während des Kalenderjahres 1930 veranschaulichen:

Der Umsatz ermässigte sich nur um 2,4% von 1 242 Millionen RM auf 1 212 Millionen RM. Die Mitgliederzahl stieg dagegen von 2 992 000 auf 3 050 000. Der jährliche Durchschnittsumsatz je Mitglied ging von 415 RM auf 397 RM zurück. Die Zahl der dem Zentralverband angeschlossenen Konsumgenossenschaften verringerte sich infolge der planmässigen Verschmelzungsarbeit von 988 auf 974. Das anhaltende Vertrauen der Mitglieder zu ihren Konsumgenossenschaften offenbart sich in einem Anwachsen der Spareinlagen von 374 Millionen RM auf 406 Millionen RM. - Der Güterbezug der Konsumgenossenschaften erfolgt in weitgehendem Masse durch die zentrale Bedarfsdeckungsorganisation. Der Umsatz der Grosseinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m.b.H. stellte sich auf 495 Millionen RM. Davon wurden Waren im Werte von 138 Millionen RM in der eigenen Güterherstellung der GEG erzeugt.

Der Rückgang des wertmässigen Umsatzes der Konsumgenossenschaften um 2,4% entspricht freilich keineswegs dem Umfang der Preissenkung, die im Lauf des Jahres 1930 für viele wichtige Massenbedarfsgüter eingetreten ist. Dennoch ist ein Nachlassen der konsumgenossenschaftlichen Aufwärtsbewegung nicht zu verkennen. Diese Unterbrechung fiel in ein Jahr, in dem nicht nur die um sich greifende Wirtschaftskrise die Anspannung aller Kräfte erforderte, sondern in dem auch der masslose Hass der Feinde der Konsumgenossenschaften auf Gesetzgebung und Rechtssprechung einen besonders verderblichen Einfluss gewinnen konnte. Die Wirtschaftsgruppen, mit denen die Konsumgenossenschaften in ständigem Wettbewerb stehen, nutzten ihre politische Machtstellung aus, um die Reichsregierung und den Reichstag im April des vorigen Jahres die Sonderumsatzsteuer für Grossbetriebe des Einzelhandels beschliessen zu lassen. Dadurch wurden auch die Konsumgenossenschaften mit einem Jahresumsatz von mehr als einer Million RM mit einer zusätzlichen Steuer von 1/2% des Umsatzes bestraft. Auch in einzelnen Ländern erhielten die Mittelständler für ihre verbraucherfeindlichen Ausnahmegesetze die notwendige Mehrheit. - Ebenso wie die Gesetzgebung hat leider auch die Rechtssprechung erkennen lassen, dass wirklichkeits- und wirtschaftsfremde Gesichtspunkte sich in den Urteilen immer mehr geltend machen. So hat sich der Reichsfinanzhof nicht gescheut, zur Begründung einer einschneidenden Entscheidung gegen die Konsumgenossenschaften auf den Gegensatz zwischen

Verbraucherbewegung und freiem Handel zu verweisen und sich im Ergebnis auf die Seite des Letzteren zu stellen. Auch in Wettbewerbsfragen nimmt eine Reihe von Gerichten einen Standpunkt ein, in dem eine ungerechtfertigte Einseitigkeit gegen die Konsumgenossenschaften deutlich zum Ausdruck kommt.

Eine grosse Erschwerung des Strebens der Konsumgenossenschaften, die Verbraucher billig und gut mit den Bedarfsgütern des täglichen Lebens zu versorgen, bildet die Zollpolitik der Reichsregierung. Trotz aller Warnungen berufener Vertreter der Wirtschaftswissenschaft und der Wirtschaftspraxis hat das Reich eine Politik fortgesetzt, die den Lebensspielraum der breiten Massen zugunsten eines kleinen Kreises von Interessenten zunehmend verengt. Der Kampf um den Brotpreis ist das jüngste Beispiel dafür, wohin die ungerechtfertigte Belastung der Verbraucher zugunsten eines Teils der landwirtschaftlichen Erzeuger führen muss.

Alle diese Fragen, die das Wohl und Wehe der minderbemittelten und un-
mittelten Bevölkerungsschichten so weitgehend berühren, werden in den Verhandlungen des Magdeburger Genossenschaftstages zur Sprache kommen. Im übrigen werden sich die mehrtägigen Beratungen noch mit dem Stand der internationalen Genossenschaftsbewegung und den Arbeiten auf dem Gebiet des konsumgenossenschaftlichen Fortbildungswesens befassen.

War für das Jahr 1930 noch eine leidlich befriedigende Gestaltung festzustellen, so darf nicht verhehlt werden, dass die Krise der kapitalistischen Wirtschaft ihre Schlagschatten auch auf die konsumgenossenschaftliche Entwicklung geworfen hat. Solange die gegenwärtige "freie" Wirtschaft, die unter der Herrschaft des privaten Eigennutzes steht, nicht überwiegend oder ganz von einer geordneten wirtschaftlichen Ordnung abgelöst ist, können sich die Konsumgenossenschaften den Einwirkungen der kapitalistischen Umwelt nicht entziehen. Die wertmässige Umsatzentwicklung der Konsumgenossenschaften neigt sich, besonders in den industriellen Gegenden, während der letzten Monate immer mehr nach unten. Die Erklärung dafür ist nicht mehr allein in den erheblichen Preissenkungen zu sehen, in denen die Konsumgenossenschaften stets eine führende Rolle zu spielen bestrebt waren. Die durch die beispiellose Arbeitslosigkeit und durch den Lohn- und Gehaltsabbau hervorgerufene Schwächung der Kaufkraft hat gerade die Mitglieder der Konsumgenossenschaften am heftigsten betroffen. Der Uebergang zu billigeren Preisstufen und darüber hinaus die Einschränkung des Bedarfs an wichtigen Gütern sind leider die unvermeidlichen Folgen.

Diese Krisenerscheinungen, an denen auch der Genossenschaftstag in Magdeburg nicht vorbeigehen kann, werden freilich den Konsumgenossenschaften, wie ihre Gegner in allen Lagern hoffen, keinen nachhaltigen Schaden zufügen können. Der ständige Zutromm neuer Mitglieder ist ein weithin sichtbarer Beweis unerschütterlichen Vertrauens der Massen zu den Einrichtungen, die sie sich in Jahr zehntelangen Kampf ohne fremde Hilfe geschaffen haben. Die zur Führung der deutschen Verbraucherbewegung berufenen Männer und Frauen werden es als ihre Pflicht betrachten, das ihnen anvertraute Gut von drei Millionen Familien hinüberzuretten in eine bessere Zukunft und in eine gerechtere Wirtschaftsordnung.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreis vom 4. Juni: Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. 121 Mark, II. 111 Mark, abfallende Sorten 97 Mark. Tendenz: ruhig.

SPD. Das Institut für Konjunkturforschung hat in seinem letzten Wochenbericht für das erste Quartal 1931 gegenüber dem Vorjahr einen weiteren Rückgang des deutschen Arbeitseinkommens um 1,5 Milliarden Mark durch zunehmende Arbeitslosigkeit sowie Lohn- und Gehaltssenkung festgestellt. Im Vierteljahrsheft vom März wurde der Einkommensausfall bei der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft für das ganze Jahr 1930 vorsichtig auf 3,5 bis 4 Milliarden Mark geschätzt. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald bezifferte kürzlich den Einkommensausfall für das Jahr 1931 aus zusätzlicher Arbeitslosigkeit sowie Lohn- und Gehaltssenkungen auf 7 1/2 Milliarden Mark. Die Feststellungen des Konjunkturinstituts sind eine neue Warnung. Auch im einzelnen sind die Ausführungen des Instituts sehr bemerkenswert.

"Der konjunkturelle Rückgang des Arbeitseinkommens hat sich in den letzten Monaten ausserordentlich verschärft; alle Faktoren, die die Höhe des Arbeitseinkommens bestimmen, drängen nach unten", so schreibt das Institut. Die vermehrte Arbeitslosigkeit hat allein im ersten Quartal 1931 im Vergleich zum Vorjahr einen Ausfall von Arbeitseinkommen im Betrage von 1,2 Milliarden Mark zur Folge gehabt. Nach dem Stande vom 1. April habe die Senkung der Tariflöhne allein - die aussertariflichen Lohnkürzungen also nicht gerechnet - in den wichtigsten Industriezweigen durchschnittlich 5 bis 7% betragen. Der April habe weitere Lohnkürzungen gebracht. Dazu kommen für die Berechnung des Einkommensausfalls die Gehaltskürzungen der Angestellten und Beamten. Nach vorsichtiger Schätzung müsse man den Einkommensausfall allein im ersten Quartal auf 1,5 Milliarden oder 15% des Einkommens der gleichen Zeit des Vorjahres veranschlagen.

Freilich sei dabei zu berücksichtigen, dass die volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten aus diesem Ausfall durch die Senkung der Preise etwas verringert wurden. Der Verbrauch der breiten Masse sei infolgedessen mengenmässig nicht so stark gesunken wie das Einkommen. Immerhin sei das gesamte Verbrauchsniveau in Deutschland beträchtlich geschrumpft; denn "die Preisrückgänge haben die Einkommensminderung nur etwa zur Hälfte ausgeglichen." Das Institut für Konjunkturforschung stellt also fest, dass die Preissenkung in Deutschland sich in der Tat unzulänglich ausgewirkt hat und die Lohnsenkungen sich auf die Beschäftigung der Industrie schädlich auswirken mussten.

Sehr interessant sind einige Zahlen, die das Institut über den Rückgang des Verbrauchs veröffentlicht. Für Kaffee wird für das erste Vierteljahr 1931 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ein Verbrauchsrückgang von 183 000 auf 148 600 Doppelzentner festgestellt, bei Tee ein Rückgang von 8 800 auf 5 300 Doppelzentner, bei Südfrüchten ein Rückgang von 848 000 auf 781 700 Doppelzentner. Der Bierverbrauch sank von 3,9 auf 3,0 Mill. Hektoliter, der Zigarettenkonsum ist von 2,4 auf 1,3 Milliarden Stück fast halbiert, der Zigarettenkonsum von 530 auf 270 Millionen genau um die Hälfte zurückgegangen. Bei Rauchtobak ergibt sich ein Verbrauchsrückgang von 19 700 auf 16 000 Doppelzentner. Bei Lebensmitteln liegt ein wertmässiger Rückgang um 9%, bei Bekleidung ein Rückgang um 14% vor.

Man sollte annehmen, dass diese Zahlen schrecken. Sie sind aber offenbar in die Büros der Unternehmerverbände und bis ins Ruhrgebiet, wo dieser Tage neue scharfe Lohnsenkungen verlangt worden sind, noch nicht vorgedrungen. Umso ernster wird sie die Reichsregierung beachten müssen.

SPD. Die Reichsbahngesellschaft meldet für den Monat April 326,4 Millionen Mark Einnahmen und 343,1 Millionen Mark Ausgaben, wovon 19,7 für die Erneuerung der Reichsbahnanlagen aufgewendet wurden. Im April hatte sich die Zahl der Beschäftigten auf 631 320 Mann gegen 623 157 im März erhöht.

Neuer Weizenpreisrückgang.

(Berliner Getreidebörse vom 4. Juni.)

SPD. An der heutigen Berliner Produktenbörse war die Stimmung für Weizen erheblich schwächer. Aufgrund günstigerer Saatenstandsberichte gingen die Kurse am Markte der Zeitgeschäfte um 2 bis 3 Mark zurück. Auch im Handel mit effektiver Ware ergaben sich Preisrückgänge etwa gleichen Ausmasses. Roggen hat dagegen nur unbedeutende Verluste aufzuweisen, die im Zeithandel wie am Promptmarkt kaum über eine Mark hinausgingen. Das Angebot namentlich in effektiver Ware blieb weiter gering und fand bei den Provinzmühlen glatte Aufnahme. Das Geschäft in Weizenmehl blieb leblos, obwohl die Preise um 50 Pfennige ermässigt waren. Roggenmehl hatte bei unveränderten Preisen kleines Konsumgeschäft. Für Hafer war die Tendenz stetig.

	<u>3. Juni</u>	<u>4. Juni</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	269 - 271	268 - 270
Roggen	195 - 197	195 - 197
Futter- und Industrieroggen	212 - 230	210 - 226
Hafer	181 - 186	181 - 186
Weizenmehl	32,75 - 38,00	32,50 - 37,75
Roggenmehl	26,50 - 28,25	26,25 - 28,25
Weizenkleie	14,50 - 14,75	14,50 - 14,70
Roggenkleie	13,80 - 14,10	13,75 - 14,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 280 $\frac{1}{2}$ (Vortag 284), September 238 $\frac{1}{2}$ - 239 Geld (241), Oktober 239 $\frac{1}{2}$ - 240 Geld (241 $\frac{1}{2}$). Roggen Juli 193 und Geld (193 $\frac{1}{2}$) September 185 (185 $\frac{3}{4}$), Oktober 186 - 185 $\frac{1}{4}$ Brief (186 $\frac{1}{2}$). Hafer Juli 189 - 187 $\frac{1}{2}$ (191 $\frac{1}{2}$), September 167 - 165 $\frac{1}{2}$ (168), Oktober - (-).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 4. Juni: A. Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische gestempelte) über 65 Gramm 9, über 60 g 8,25, über 53 g 7, über 48 g 6,25, frische Eier über 53 g 7, aussortierte kleine und Schmutzeier 5,50. B. Auslands eier: Dänen 18er 9,25, 17er 8,75, Estländer 15 $\frac{1}{2}$ -16er 7-7,50, Holländer 60-62g 8-8,25, Belgier 68 g 9,25, 60-62 g 8-8,25, Litauer grosse 6,50, normale 5,50-5,75, Russen grosse 6,25 - 6,50, normale 5,50 - 6, abweichende 4,75 bis 5,50. Kleine, Mittel- und Schmutzeier 4,50-5. Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: schön.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Stationen: Weisse Kartoffeln 1,60-1,80, rote Kartoffeln 2,-2,20, Odenwälder Blaue 2,20 - 2,60, Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 3,30-3,60, Fabrikkartoffeln 9-9,50 Pfg. je Stärkeprozent.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 41

Berlin, den 4. Juni 1931

Moderne Küchenchemie.x

SPD. Unsere Frauen haben in den letzten Jahren, nicht allein aus materieller Notwendigkeit, sich mehr denn je um rationelle Ernährung und rationelles Kochen kümmern müssen. Rationell heisst nicht nur billig; es setzt die Vernunft, die in der Wurzel dieses Wortes steckt, voraus für richtige Erkenntnis des Wesens und Bestandes der einzelnen Nahrungsmittel und der Erfordernisse der gesamten menschlichen Ernährung. Ueberall sind Kochschulen teils von gemeinnützigen Instituten und Hausfrauenvereinen, teils von interessierten Industrieverbänden und Einzelunternehmen wie Pilze aus dem Boden geschossen und haben einen grossen Teil bitter notwendiger Arbeit geleistet. Oft hat aber - und das liegt in der Natur der Sache - die richtige Verquickung von Wissenschaft und Praxis in diesen Schöpfungen gefehlt. Man war entweder zu trocken wissenschaftlich oder zu ausschliesslich auf das Praktische eingestellt. Das Letztere genügte wohl der Hausfrau doch zwischen allen diesen Gründungen eine, die Theorie und Alltag verband, die nicht nur das "Wie", sondern auch das "Warum" zeigte und nicht nur kochen lehrte, sondern auch lehrte, wie man kochen lehrt. Neben den vielen Schulen fehlte das Seminar, neben den Kochschulen die Kochhochschule.

Und die ist jetzt nach längeren Vorbereitungen in Berlin in der "Schule der Ernährung" entstanden. Es ist in erster Linie nicht direkt, wohl aber indirekt eine Gründung, die alle Frauen angeht. Schon vor Jahren wurde geplant, an die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft in Dahlem eine "Forschungsstätte für Volksernährung" anzuschliessen. Der damalige Präsident dieser grossen deutschen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften trat auch für diesen Plan ein, der aber an dem Fehlen der notwendigen Mittel scheiterte. Jetzt ist die "Schule der Ernährung" aber doch aus eigenen Mitteln ins Leben getreten und hat bereits in den kurzen Wochen ihres Bestehens ein grosses Arbeitsprogramm aufgestellt und begonnen. Sie wendet sich in der Hauptsache nicht an die Hausfrau im allgemeinen, wenn auch solche Kurse zwischendurch abgehalten werden, sondern sie will in erster Linie diejenigen unterweisen, die selbst Koch- und Diät-Kurse abhalten. Ein bekannter Ernährungswissenschaftler leitet sie mit einigen Hilfskräften; als Lehrer wirken an dieser Schule Dozenten und Privatgelehrte, Wissenschaftler, Frauen. Als Hörer kommen alle Kreise in Frage, die berufsmässig, pflichtgemäss und auch praktisch sich mit den Fragen der Volksernährung und Diätkost zu beschäftigen haben, besonders die Leiter der Volks-, Anstalts- und Krankenhausküchen, die Vorsteherinnen von Kantinen und Grossküchen aller Art.

Im Hörsaal ist Platz für einhundertundfünfzig Personen. Für den praktischen Kochunterricht sind zweiunddreissig Plätze vorgesehen. In die Küche eingefügt ist das chemische Laboratorium für Untersuchungs- und Demonstrationszwecke; ein Mikroskop und ein Projektionsapparat zeigen, dass man sich hier nicht allein mit Kochtöpfen beschäftigt, und die Verbindung von Mikroskop und Projektionsapparat ist vielleicht das Interessanteste an dieser ganzen Schule, denn sie gestattet, bis in die innersten Geheimnisse des Kochvorganges einzudringen. Wenn die einzelnen Nahrungsmittel kochfertig zubereitet sind, dann legt die Frau Doktor in ihrem weissen Kittel das Küchenmesser beiseite und nimmt Reagenzglas und Retorte zur Hand. Es folgt die chemische Untersuchung. Warum kocht man Lebensmittel überhaupt? Warum isst man die Kartoffeln, die Bohnen, die Erbsen nicht einfach roh?

Auch das wird demonstriert, und dabei hilft dieses mit dem Projektions= apparat verkuppelte Mikroskop. Weil der Lichtbogen des Projektionsapparates nicht nur starke Helligkeit, sondern auch starke Hitze entwickelt, schiebt man zwischen den Apparat und das Mikroskop einen kleinen, gläsernen Wasserbehälter, durch den die sich im Lichtbogen entwickelnde Wärme zurückgehalten wird. Die unter dem Mikroskop liegende hauchdünne Scheibe einer Kartoffel oder eines Gemüseblattes wird den Hörern und Hörerinnen auf der Leinwand projiziert gezeigt. Entfernt man nun den die Hitze zurückhaltenden Wasserbehälter, so beginnt das kleine Kartoffelscheibchen unter dem Mikroskop sofort zu kochen. Die Geheimnisse des Kochvorganges erscheinen auf der Leinwand deutlich sichtbar. Durch die Stärke der entwickelten Wärme und die Kleinheit des Objektes geht dieser in der Praxis langwierige Vorgang hier in kürzester Zeit vor sich.

So dringt man in dieser neuen "Schule der Ernährung" mit allen Ergebnissen und allen Hilfsmitteln der Wissenschaft in die Mysterien der Küche ein und schafft praktische Arbeit, deren Wert und Wichtigkeit nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Denn nicht nur die Liebe geht durch den Magen, wie das alte Sprichwort sagt, sondern auch die Gesundheit, die Gesundheit jedes einzelnen von uns und die Gesundheit des ganzen Volkes.

Mario Mohr.

Der Shylock vom Broadway.^x

SPD. Er ist kaum 40 Jahre alt, hat keinen Bart mehr, schaut zivilisiert aus, besitzt ein wohlgerundetes Bäuchlein, einen Glatzkopf und blieb zwar in der Branche, aber ist keinesfalls ein Wucherer, sondern ein seriöser amerikanischer Geschäftsmann, der am New Yorker Broadway ein Warenhaus besitzt und nach Ladenschluss ein Lebemann vom Scheitel bis zur Sohle ist.

Dieser Shylock, namens William Moore, machte vor etwa 2 Jahren in einem fashionablen Tanzlokal New Yorks die Bekanntschaft einer jungen Ausländerin. Sie war kaum 20 Jahre alt, schlank und blond, und Mr. William war nicht der erste, der an ihrer aussergewöhnlichen Schönheit Gefallen fand. War es mehr sein Glück oder ihre Laune, - nach der gemeinsam verbummelten Nacht entwickelte sich zwischen ihnen eine wahre Freundschaft. Mr. William zeigte sich dankbar und grosszügig. Er richtete für seine Freundin eine Wohnung auf das luxuriöseste und erfreute die Geliebte sehr oft mit wertvollen Schmuckgegenständen. Es reihten sich Perlenkolliers, Brillantenringe, Armbänder, Ohrgehänge und wieder Kolliers aneinander, bis er eines Tages zum Zeichen seiner grossen Liebe sein Blut als Opfer darbrachte.

Es war in der Tat ein grossartiges Geschenk. Die junge Dame verdankte ihm dadurch ihr Leben. Denn wer wahrhaftig lieben will, der muss in der Not auch sein Blut opfern können. Dazu gab ihm die Krankheit seiner Freundin Gelegenheit, die für sie verhängnisvoll zu werden drohte. Man überführte sie in ein vornehmes Sanatorium; wochenlang umgab ein ganzes Arztekollegium ihr Bett; aber all das half nichts. Die Professoren erklärten: die Dame ist nur durch eine Blutübertragung zu retten. Mr. William grübelte nicht lange. Er war bereit, das geforderte Quantum von einem halben Liter Blut seiner Freundin zur Verfügung zu stellen, und so konnte die Uebertragung vonstatten gehen. Nun wurde sie wieder gesund, und eine grössere Belohnung für seine Opferwilligkeit hatte er wohl auch nicht erwartet. Ihr Glück war wieder ungetrübt, bis eines schönen Tages ein Dritter dazwischen kam.

Er war jung, blond und schön, wie die junge Dame selbst. Sie lernten sich auf dem Sportplatz kennen. Anfangs trieben sie nur gemeinsam Sport. Dann kamen Ausflüge und Nachtklubbesuche, bis auf einmal - der Besuch von Mr. William in der luxuriösen Wohnung seiner Freundin störend wurde.

Das Verhältnis zwischen Mr. William und seiner Freundin ging in die Brüche. Und so gross einst die Liebe Williams war, so gross wurde jetzt sein Hass. Er entschloss sich, eine blutige Rache auszuüben, und strengte bei dem Zivilgericht gegen seine gewesene Freundin einen Prozess an, indem er die von ihm geschenkte Wohnung mit sämtlichem Inventar, Perlenkolliers, Armbänder, Ringe usw., einzeln aufgezählt, zurückforderte. In seiner Klageschrift führte er weiter aus: "...Dann fordere ich mein Blut zurück, dass ich ihr geschenkt habe. Ich opferte es ihr, doch sie betrog mich und wurde mir untreu. Ich gab ihr nicht mein Blut, damit sie in neuer Gesundheit einen anderen lieben soll. Ich bitte das Gericht, die Angeklagte zu verpflichten, mein Blut im Quantum von einem halben Liter zurückzuerstatten oder, wenn das nach ärztlichem Gutachten nicht möglich wäre, mir einen Schadenersatz von einhunderttausend Dollar zuzusprechen."

Ein weiser Richter täte hier not. Denn es geht nicht nur um Mr. Williams Ehre, sondern um Shakespeares Recht. Sonst könnte sich der Affenprozess von Dayton wiederholen, indem Amerika nach Darwin auch noch Shakespeare verurteilt.

-osi.

Sachgemässe Zahnpflege.X

SPD. Die Sorge des Staates für eine Gesundhaltung der Zähne durch die Einrichtung von Schulzahnkliniken beweist deutlicher als manches sonstige Argument, welche grosse Bedeutung dieser Pflege für die Erhaltung der Volksgesundheit beizumessen ist. Nicht früh genug können deshalb die Eltern darauf achten, dass das Kind sich mindestens jeden Morgen, wenn nicht auch vor dem Zubettgehen am Abend, die Zähne putzt.

Die Milchzähne des Kindes entwickeln sich zwischen dem 1. und 4. Lebensjahr, und schon während dieser Zeit sollen die Eltern, wenn sie bemerken, dass die Zähne sich nicht gesund entwickeln, den Arzt aufsuchen. Oft spielt Kalkarmu dabei eine Rolle, und es ist von grossem Werte, durch entsprechende Ernährung und Kalkpräparate recht früh etwas dafür zu tun, dass die Zähne gesund gebildet sind und gesund erhalten werden.

Nichts stört den Gesichtsausdruck so stark wie der Anblick gelber und bröcklicher Zähne. Jedes Gesicht, auch wenn es an sich nicht schön zu nennen ist, gewinnt beim Lachen ein gesundes und gepflegtes Gebiss sich zeigt. Und die Gesundheit des ganzen Organismus wird unter Umständen beeinträchtigt durch vernachlässigte Zähne. Wer nicht ordentlich kauen kann, weil er immer auf diesen oder jenen schmerzenden Zahn Rücksicht nehmen muss, der schädigt seinen Magen, und er verdaut die ungenügend zerkleinerten Speisen nicht so ausreichend wie es nötig ist. Nebenbei setzen sich aber in die durch ungenügende Pflege allmählich erkrankten Zähne, und auch zwischen die gesunden, Fäulniserreger, die aus den Resten entstehen, die nach dem Essen in den Zähnen zurückbleiben. So entsteht der günstigste Nährboden für Bazillen, die durch die Luft teils eingeatmet, teils eingeschluckt werden. Man hat festgestellt, dass an faulen Zähnen sich Eitersäckchen bilden, direkt an der Wurzel, die durch Absonderung des Eiters (in dem eben Bakterien reichlich sind) den ganzen Körper auf dem Wege durch die Blutbahn überschwemmen. Durch diese schubweise erfolgende Absonderung wird der Körper schwer geschädigt; sie verursacht Erkrankungen verschiedenster Art, rheumatische Beschwerden, Halsentzündungen, Herzbeschwerden usw. usw.

Es genügen aber Zahnschmerzen allein schon, um einem das Leben zu erschweren. Diese Schmerzen können nach der Beschaffenheit des Zahnes auch sehr verschiedenen Ursprungs sein. Der Zahn besteht bekanntlich aus dem Zahnbein, dem Zahnschmelz, der über der Krone ist, und einem festeren Ueberzug an der Zahnwurzel, dem Zahnmark, in dem sehr empfindliche Nerven laufen. Ebenso emp-

findlich ist die Wurzelhaut, die die Zahnwurzel überzieht und am Knochen befestigt. Tut man gegen die leichten Schmerzen zuerst nichts, die die Zahnkaries (Zahnfäule) mit sich bringt, so entstehen Wurzelhautentzündungen, Kiefererkrankungen, eitrige Fisteln und zwingen einen dann (jetzt durch sehr langwierige Behandlungen beim Zahnarzt, die auch meistens recht kostspielig sind), für die Sünde der Vernachlässigung zu büßen. Dann ist es aber in vielen Fällen für eine Erhaltung mancher Zähne zu spät und der Zahn oder vielleicht gar Teile des Gebisses müssen einen "künstlichen" Ersatz erhalten. Wenig beachtet wird immer noch, dass auch Zahnstein regelmässig entfernt werden muss, da er sich auf der Zahnwurzel ablagert, sich zwischen Zahn und Wurzel schiebt und die Zähne locker. Man sollte es sich zur Gewohnheit machen, mindestens alle halbe Jahre regelmässig sich die Zähne nachsehen zu lassen. Dadurch wird auf jedem Fall vermieden, dass etwa gesunde Zähne von kranken angesteckt werden, und vor allem, dass eine wochenlange Zahnbehandlung Misstände, die sich in Jahren angesammelt haben, beseitigen muss.

Für das Reinigen der Zähne empfiehlt es sich, eine der vielen guten Zahnpasten oder reine Schlemmkreide zum Bürsten zu benutzen, evtl. einige Tropfen Wasserstoffsuperoxyd zur besseren Desinfektion dem Zahnputzwasser zuzusetzen. Wichtig ist auch, dass man frühzeitig die Kinder zum Gurgeln anleitet; auf diese Weise wird auch die hintere Mundhöhle gut desinfiziert. Künstliche Gebisse legt man Nachts in ein Glas warmes Wasser und behandelt sie sonst genau so durch Bürsten wie die gesunden Zähne, nur dass sie den Vorteil haben, dass wir sie in der Hand noch gründlicher reinigen können. Schlecht gereinigte Gebisse und Gaumplatteln verursachen oft sehr schmerzhaftige Entzündungen der Mundhöhle. Bei schlechtem Geruch aus dem Munde muss natürlich festgestellt werden, ob nicht andere Ursachen als die Zähne ihn hervorrufen. Häufig bildet er sich auf Grund von Magenstörungen. Ehe man etwas dagegen unternimmt, ist der Arzt zu konsultieren, denn nur durch eine sachgemässe Behandlung kann man gegen ihn auf die Dauer erfolgreich vorgehen.

Dr.B.

Die Geschichte vom Zucker.^x

SPD. Ohne Zucker könnte man sich heute das Leben nicht mehr vorstellen. Und doch haben unsre Vorfahren von diesem Mittel, das Dasein zu versüssen, bis ins 13. Jahrhundert hinein noch nichts gewusst. Man ersetzte den Zucker durch den Honig, um den Speisen ihren faden Geschmack zu nehmen.

Es lässt sich nicht mit Gewissheit sagen, woher der Zucker stammt. Die einen vermuten, aus Indien. Andre glauben, dass der Rohrzucker aus China nach Europa gekommen sei, da man im Reiche der Mitte schon viele Jahrhunderte vor der christlichen Zeitrechnung Zuckersirup genossen habe.

Das Wort "Zucker" stammt nach der Ansicht mancher Gelehrter von dem Sanskrit-Ausdruck "Sarkara" ab und bedeutet in dieser indogermanischen Ursprache so viel wie "süss". In Indien nannte man den Zucker später im Volksmunde "Suchur" oder "Sakar". Dieser Ausdruck erinnert uns an das Saccharin, dessen zweifelhafte Vorzüge wir im Kriege kennen lernten. Das indische Wort "Suchur" ist als "Sugar" (Zucker) in die englische Sprache übergegangen und wahrscheinlich dann zu dem deutschen Ausdruck "Zucker" geworden.

Schon die Aegypter und Griechen kannten den Zucker und führten ihn unter dem Namen "Indisches Salz" aus dem Orient in ihre Länder ein. Im 13. und 14. Jahrhundert wurde das Zuckerrohr in Arabien, Aegypten und Nubien importiert und angepflanzt. Europäische Kaufleute, die in den Orient reisten, werden es um diese Zeit zum ersten Male gesehen haben. Ueber Zypern, Syrien und Sizilien wanderte das Zuckerrohr durch Kolonisten nach dem neuentdeckten Amerika und fand

in den spanischen und portugiesischen Kolonien bald eine neue Heimstätte. Die Insel San Domingo, die wir heute Haiti nennen, entwickelte sich im 16. Jahrhundert zur grössten Rohrzuckerplantage der damals bekannten Welt. Der Zuckerverbrauch Europas muss um diese Zeit schon riesig gross gewesen sein. Denn von den erhobenen Zuckerzöllen wurden, wie die Geschichtsschreiber versichern, alle Herrlichkeiten der Paläste Kaiser Karls des Fünften bezahlt. Als erste Europäer entdeckten die Venetianer im 15. Jahrhundert das Mittel, den Zucker zu reinigen und zu raffinieren, indem sie die Primitiven chinesischen und arabischen Verfahren vervollkommneten.

Gegen Ausgang des Mittelalters und Anfang der Neuzeit hielt man den Zucker zunächst nicht für ein Genussmittel, sondern für eine Art von Medizin. Er wurde von den Aerzten verordnet; alle möglichen Krankheiten sollte er heilen. In manchen Ländern hatten die Apotheker das ausschliessliche Verkaufsrecht. Schliesslich wurde der Zucker für das Leben derart unentbehrlich, dass man im 16. Jahrhundert von einem langweiligen Menschen sagte: er ist ein Apotheker; oder: ein Mann "ohne Zucker".

Natürlich war der Zucker damals ausserordentlich teuer. Man verkaufte ihn lotweise. Trotzdem bürgerte sich bald die Gewohnheit ein, Früchte mit Zucker im Haushalt "einzumachen". Auch zur Zubereitung von Nachspeisen beim Essen wurde er verwendet. Man ass die Gerichte um jene Zeit ungewöhnlich stark gewürzt. Um den scharfen Geschmack von der Zunge zu vertreiben, mischte man unter die Nachspeise beträchtliche Zuckermengen.

Bis in die Zeit des Dreissigjährigen Krieges war der Zuckergenuss ein Vorrecht der Begüterten. Erst im 18. Jahrhundert, gleichzeitig mit der Einführung des Kaffees auch bei den wenig Bemittelten, wurde der Zuckerverbrauch in allen Volksschichten Europas allgemein.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts endlich tauchte zum ersten Male die Zuckerrübe auf. Ihr Anbau wurde aus volkswirtschaftlichen Gründen von allen Staatsregierungen gefördert und teilweise erzwungen. Heute werden auf der ganzen Welt etwa sechs bis acht Millionen Tonnen Rübenzucker und annähernd die doppelte Menge Rohrzucker jährlich produziert.

B.M.V.

Reisgerichte.^x

SPD. Mit dem Reis, diesen unscheinbaren weissen Körnern, ist das Leben vieler Millionen Menschen im Osten untrennbar verbunden. Er ist ihnen gleichzeitig Brot, Fleisch und Gemüse. Dort versteht man es aber auch, ihn richtig zuzubereiten und seine reinen Nahstoffe herauszuholen. Solch eine chinesische Gaststätte stellt Reisgerichte ins Fenster, um dadurch die Vollendung ihrer Küchenerzeugnisse augenfällig zu beweisen.

Und bei uns? Wir sind gewohnt, im Reis eine Kost für Kinder und Kranke zu sehen, denn er erscheint meist pappig und klebrig auf dem Tisch, während er körnig und locker sein soll. Man muss beim "auf die harten indischen Sorten bevorzugen und die weichen nur dann wählen, wenn ein Brei beabsichtigt ist.

Reis soll gehörig gewaschen werden. Nicht allein, um ihn zu reinigen, sondern vor allem, um ihn von dem anhaftenden Stärkemehl zu befreien. Man nimmt die Körner und reibt sie tüchtig zwischen den Händen im kalten Wasser, das so oft erneuert wird, bis es völlig klar bleibt. Nun wandert der Reis in ein Sieb, damit er abtropfen kann. Zum Kochen verlangt er sein vierfaches Quantum Wasser, und erst, wenn es sprudelt, dürfen die Körner nach und nach hineingeleiten. Hat der Reis dann zunächst bei kleiner Flamme etwa eine Viertelstunde lang gebrodelt, so soll er dämpfen und trocknen. Wieder geben wir ihn in das Sieb und hängen dieses in einen Topf, der in einem Kochturm an zweiter Stelle ein-

rangiert wird. Hier fühlt er sich besonders wohl, und Sie werden staunen, wie flockig und fein die Körner werden.

Hat man dem Reis die dankbare Aufgabe zugedacht, das Gemüse zu ersetzen, so bereiten wir ein Quantum von etwa 200 g in dieser Weise vor und geben ihm zur Gesellschaft eine ganze Zwiebel, die mit einer eingepickten Nelke dekoriert wurde. Ist er dick ausgequollen, so wird er mit etwa 50 g leicht gebräunter Butter vermischt und mit geriebenem Käse gut bestreut.

In der augenblicklichen Jahreszeit sollte man den Reis mit Rhabarber zu einem recht schmackhaften Beigericht vereinen. Die anregende, auffrischende Wirkung des Rhabarbers wird nach dem langen Winter eine Erquickung sein. Wir wählen ein halbes Pfund festen Reis, waschen ihn sorgsam und dünsten ihn dann mit Wasser, etwas Apfelwein und dem Saft einer Zitrone. Er muss aber körnig bleiben; wir wollen keinen weichen Papp haben. Zum Schlusse geben wir einen Teelöffel Butter bei. Den Rhabarber waschen wir und zerschneiden ihn ungeschält in kleine Stückchen, die wir weich kochen. Hat er darauf ein Sieb passiert, so wird er gezuckert und erhält durch die abgeriebene Schale einer Zitrone einen pikanten Beigeschmack. Es ist kein Grund zum streiten, ob wir den Rhabarber kalt oder warm dem Reis beigegeben.

Herrliche Süßspeisen lassen sich aus Reis bereiten. Sie haben den besonderen Vorzug, die Wirtschaftsklasse nicht zu kränken. Etwa 125 g Reis sollen in einem halben Liter Milch 125 g Kochschokolade auflösen. Hierzu spendieren wir 125 g Zucker mit etwas Vanille. Diese Schokoladenmassen wird bis zum Kochen geschlagen und dann mit dem fertigen Reis vereinigt. Zum Schlusse ziehen wir den festen Schnee von einem Eiweiss darunter und füllen die Masse in eine Form. Reichen wir unsre Süßspeise mit einer Vanillentunke, so wird sie nicht nur für Kinder eine Wonne sein.

Lucie Bürgel (Potsdam)

SPD. Wer hat die Zahnbürste erfunden?^X Die Zahnbürste, die für ein Zivilisationsmerkmal gilt, ist in ihrer heutigen Form erst 150 Jahre alt. Vorher benützten die Menschen primitivere Werkzeuge zur Zahnreinigung. Diese Tatsache geht aus einer Zusammenstellung des Journals der englischen Handelskammer hervor, dass die ältesten Londoner Firmen aufzählt. Dreissig dieser Firmen können ihren Ursprung bis ins 17. Jahrhundert zurückverfolgen; 600 sind 100 und mehr Jahre alt. Zu diesen letzteren Firmen gehört auch die von W. Addis, die noch heute Zahnbürsten herstellt. Der Gründer des Geschäftes, W. Addis, erfand im Jahre 1780 die Zahnbürste, indem er einige Löcher in einen Knochen bohrte, Haare von einer Kuhhaut abschnitt und sie in die Löcher steckte. Damit reinigte er sich trefflich seine Zähne. Später vervollkommnete er diesen Gebrauchsgegenstand und begründete damit eine neue Industrie.

SPD. Küchenhygiene.^X Ramon Gomez de la Serna beschwerte sich bei seiner Haushälterin über die Fliegenplage im Hause.

"Wann öffnen Sie das Fenster?" fragte die Dicke.

"Morgens um acht".

"Nun, das ist Ihre Schuld, Sennor. Öffnen Sie das Fenster mittags gegen zwölf; da kommt bestimmt keine Fliege in Ihr Zimmer."

"Wieso nicht?"

"Um die Zeit koche ich Kompott; da sind alle Fliegen im Kompott."
